

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis je Nummer: 10 Pf.  
 Vierteljahr 2.50 RM., monatlich 1.10 RM.,  
 halbjährlich 5.50 RM., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 RM. pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-  
 Anstalt. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.00 RM., für das übrige Ausland  
 4 RM. pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1893.

Die Interaktions-Gebühr

Beizug für die sechsgehaltene Annon-  
 zeile oder deren Raum 60 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Annon-  
 zen und Reklamations-Anzeigen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das fertige  
 Wort 20 Pf. (zweiwöchige  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Stellenangebote und Stellenanzeigen  
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zahlen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 29. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die armenische Wetterecke.

Die unerwartete Wendung, die die Orientfrage durch das Vordringen der Türkei und die Wiederbesetzung Adrianopels durch die türkischen Truppen nahm, hat schneller als man es erwartete die kleinasiatischen Fragen in den Vordergrund des politischen Interesses gerückt. Russland droht mit einer Sonderaktion, wenn die Türkei nicht Adrianopel verläßt, und alle Welt starrt nun wie hypnotisiert nach dem nordöstlichen Winkel Türkisch-Armeniens, von wo aus russischerseits die Mine in den asiatischen Besitzstand der Türkei gelegt und Fragen von unabsehbarer Bedeutung aufgerollt werden können. Zunächst sucht die russische Diplomatie allerdings eine gemeinsame Aktion der Mächte gegen die Türkei zustande zu bringen. Aber schon die Tatsache, daß sie in kaum verhüllter Form mit der Besetzung Armeniens drohen kann, zeigt, wieviel Giftstoff sich an der russisch-türkischen Grenze angesammelt hat, und welche weltpolitischen Gefahren durch eine aggressive Politik Russlands in Kleinasien heraufbeschworen werden können.

Bei dieser Gelegenheit treten die Endziele der russischen Orientpolitik, entsprechend den im letzten Jahre eingetretenen Veränderungen im nahen Osten, ziemlich deutlich hervor. Nach kürzlich hat der isländische Abgeordnete v. Engelhardt — ein deutsch-baltischer Junker! — wie grotesk es auch klingen mag, als Richtschnur der russischen Politik im nahen Osten „Rechtgläubigkeit, Slavismus und Meerengen“ in der Duma proklamiert. So weit gehen natürlich die amtlichen Vertreter der russischen Politik nicht. Es kam aber als wesentlicher Inhalt der russischen Politik in der jetzigen Situation bezeichnet werden, was das weiterbreitete liberale Moskauer Blatt „Russkoje Slowo“ vor einigen Tagen schrieb: „Der Krieg um die Befreiung der Balkanhalbinsel — bekannte das Blatt offenberzig — war für uns zugleich ein Krieg um die Schwächung der Türkei, die die Schlüssel zu den Dardanellen in Händen hält... Tritt nun der türkische Imperialismus wieder in den Vordergrund, so müssen die Interessen Russlands fest und unwiderruflich mit den energichsten Mitteln gesichert werden.“ Fakt man das Urteil der führenden russischen Presse zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß eine aggressive Politik in der Richtung nach Armenien hin im jetzigen Augenblick von ziemlich weiten Kreisen als zweckmäßig erachtet wird. Handelte es sich doch noch vor wenigen Wochen um eine Einmischung Russlands in die Frage der Einführung von Reformen in Türkisch-Armenien, so wird jetzt in nationalistischen wie in liberalen russischen Blättern unterhüllt die Lösung ausgegeben: Einrücken russischer Truppen in Armenien und Angliederung Armeniens an das Russische Reich!

Erscheint unter diesen Umständen die armenische Frage in weit gefährlicherem Maße als noch vor wenigen Wochen, so ist es zur Beurteilung der gesamten Situation in der armenischen Wetterecke doch vomnöten, auf die Vorgänge und Erörterungen hinsichtlich Armeniens in den letzten Monaten zurückzugreifen. Noch im April lehnte die russische Regierung anlässlich des Besuchs des Katholikos aller Armenier in Petersburg eine Einmischung in die armenische Frage als unzeitgemäß ab. Das schloß natürlich keineswegs aus, daß die russische Regierung ihre Tätigkeit in Armenien und Kurdistan, wie ihre militärischen Rüstungen im Kaukasus und in Nordpersien fortsetzte. Die armenische Bauernbevölkerung wurde gegen die Türken und Kurden und die kurdischen Räuberhorden wiederum gegen die Armenier aufgereizt; russische Truppen wurden fortgesetzt an der kaukasischen Grenze konzentriert, und die an die Türkei angrenzende persische Provinz Urmia verwandelte sich in ein festes Bollwerk russischer Macht, von wo aus die ganze türkische Position in Kleinasien bedroht wird. Hand in Hand mit diesen militärischen Maßnahmen ging eine lebhaft propagandistische für die russische Einmischung in die armenische Frage, an der sich charakteristischweise auch der größte Teil der liberalen Presse beteiligte. Nach dem Zusammenbruch der panslawistischen Idee am Balkan wurde die „traditionelle Beschützerrolle“ Russlands in Armenien hervorgeholt, um den imperialistischen Plänen in Vorderasien ein moralisches Mäntelchen umzuhängen. Die liberalen Befürworter einer solchen Politik verhehlten hierbei keineswegs, daß es sich bei der Frage der armenischen Reformen um reinen Eigennutz und kühle diplomatische Berechnung handelte. So erklärte der Kadettenführer Miljukow noch im Dezember vorigen Jahres in der Duma: „Wir haben stets die türkischen Armenier gegen die Türken ausgebeutet, um sie, sobald es in unseren Interessen lag, den Türken wieder zum Opfer zu bringen.“ Vollkommen im Einklang mit diesem Grundsatz der russischen Politik verlangte derselbe liberale Führer, der von unseren Genossen in der Duma spöttisch der inoffizielle Minister des Auswärtigen genannt wird, anlässlich der Budgetdebatte am 19. Juni in der Duma, daß Russland sich aktiv in die armenische Frage einmische: „Ich war kürzlich — erzählte er — im Kaukasus und fand dort ein solches Hinneigen zu Russland hin, das dort schon lange nicht zu finden war. In diesen Hinneigen zu Russland treffen sich sämtliche armenischen Parteien, und diese Stimmung ist äußerst günstig für unsere unmittelbare Einmischung in die armenische Frage.“ Hierbei sprach Professor

Miljukow vollkommen deutlich aus, daß es sich hier weniger um die Armenier als um das imperialistische Interesse Russlands handelt. Wie er schon früher über die strategische und wirtschaftliche Bedeutung des armenischen Wilajets Wan für Russland gesprochen hatte, motivierte er auch jetzt die Notwendigkeit einer sofortigen Einmischung mit den Worten: „Wir verurteilen die letzten Reste des armenischen Volkes zur endgültigen Verteilung und geben unseren natürlichen Stützpunkt unmittelbar an unserer Grenze preis.“ Auch der Fraktionsgenosse Prof. Miljukow, der armenische Abgeordnete von Baku, Papadschanow, trat im Rahmen der zahlungsfähigen armenischen Bourgeoisie für die russische Einmischung ein: „Die russischen Armenier — erklärte er — wünschen, daß Russland das Reformwerk in Armenien übernehme... Nach Russland hin sind jetzt unser aller Blicke gerichtet... Nur durch die Einmischung der russischen Regierung können die Reformen in Türkisch-Armenien eine ernste Bedeutung erlangen!“

Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Stellungnahme der russischen und der armenischen Bourgeoisie zu der armenischen Frage die aggressiven Tendenzen der russischen Politik in Vorderasien verstärken mußte. Anders freilich verhält es sich mit den objektiven Möglichkeiten eines solchen Vordringens Russlands. Schon die allgemeine schroffe Beurteilung, die die neuliche Ausrückung der armenischen Frage selbst in Frankreich und England fand, muß der russischen Diplomatie vor Augen führen, daß sie bei ihrem kleinasiatischen Abenteuer auf einen fast allgemeinen Widerstand stoßen würde. England hat genug an der militärischen Vorherrschaft Russlands in Nordpersien; Deutschland würde seine wirtschaftlichen Aussichten in der Türkei bedroht sehen, und selbst das mit goldenen Ketten an das Jarenreich geschmiedete Frankreich würde sich nur schwerer Herzens zu einer Unterstützung des russischen Vorgehens in Armenien entschließen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist hier auch die durch die Lösung der Bagdadbahnfrage herbeigeführte Einteilung der Interessensphären zwischen England und Deutschland in Vorderasien, die schon darin zum Ausdruck gelangt, daß England gegen den Versuch deutscher Kriegsschiffe in Persien und Alexandrette und das Angebot der Schutzbereitschaft über die Armenier nicht Protest erhoben hat. Berücksichtigung verdient endlich auch die Tatsache, daß Russland durch sein mongolisches Abenteuer bereits im fernem Osten engagiert ist und kaum in der Lage sein würde, einen Kampf nach zwei Fronten hin zu führen. Alles dies läßt eine Vollstreckung der russischen Drohungen hinsichtlich Armeniens als kaum denkbar erscheinen. Ein Moment der steten Unruhe jedoch bleibt die armenische Frage immerhin. Um so dringender ist es deshalb, daß die Mächte durch eine energische Einmischung in die armenische Reformfrage dem russischen Imperialismus in Kleinasien den Boden unter den Füßen entziehen. Namentlich die deutsche Diplomatie sollte es sich angelegen sein lassen, mit aller Energie in dieser Richtung hinzuwirken, nicht nur, um den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Kleinasien zu dienen, sondern um auch einmal einem bedrückten, dem Untergang geweihten Volke die rettende Hand entgegenzustrecken.

## Vor den Friedensverhandlungen.

Mit Hängen und Würgen ist es glücklich so weit gekommen, daß im Laufe dieser Woche in Bukarest die Friedensverhandlungen beginnen können, an denen die Vertreter Bulgariens auf der einen, die Serbiens, Griechenlands und Montenegros auf der anderen Seite, die Rumänien aber als ausschlaggebende Mäcker teilnehmen. Die Türkei scheidet bei diesen Verhandlungen aus. Ueber ihr schweben die Drohungen der Mächte, die aber noch nicht recht wissen, wie sie diese Drohungen in die Tat umsetzen sollen, wenn die dickköpfigen Jungtürken nicht gutwillig wieder aus Adrianopel herausmarschieren wollen.

Die Verhandlungen über einen Waffenstillstand, die in Risch stattfinden sollten, sind zwar noch nicht offiziell abgefragt worden, in Wirklichkeit scheinen sie aber angesichts der ablehnenden Haltung Serbiens und Griechenlands ins Wasser gefallen zu sein. Das Bestreben der Verbündeten läuft darauf hinaus, für die Verhandlungen in Bukarest möglichst viel bulgarisches Terrain militärisch besetzt zu halten, um ihren Forderungen stärkeren Nachdruck verleihen zu können. Ob es aber zu einer vereinigten militärischen Aktion gegen Sofia kommen wird, die einige Sensationsblätter schon voraus sagten, ist noch sehr die Frage. Wie es heißt, soll Rumänien von einem allzuweiten Vordringen der Serben und Griechen nicht sehr erbaut sein und will unter Umständen seinen „Kriegszustand“ gegen Bulgarien zu einer Schutzaktion umwandeln.

### Bulgarien hofft auf Europa.

Bukarest, 28. Juli. Aus den Kreisen der hier eingetroffenen bulgarischen Delegierten wird die Auffassung verbreitet, daß Bulgarien entschlossen sei, alles für eine möglichst rasche Beendigung der Beratungen in Bukarest zu tun, deren Ergebnis nach bulgarischer Ansicht der Genehmigung Europas bedarf, um rechtsträftig zu werden.

### Vom Kriegsschauplatz.

Belgrad, 28. Juli. (Meldung des Serbischen Pressebüros.) Heute bei Tagesanbruch griffen die Bulgaren die serbischen Stellungen bei Tzvenigrad in der Nähe von Egri Palanka an, dort wo die früheren serbisch-türkisch-bulgarischen Grenzen zusammenstießen. Der Angriff wurde sofort energisch zurückgewiesen. Die serbischen Truppen blieben in ihren Stellungen, nachdem sie den Feind vertrieben hatten. Ein anderer ähnlicher Angriff der Bulgaren bei Blässina wurde ebenfalls abge schlagen. Auf allen übrigen Punkten herrscht Ruhe.

### Türkische Streifkorps auf bulgarischem Gebiet.

Sofia, 28. Juli. (Meldung der „Agence Bulgare“.) Türkische Kavallerie in Stärke von einer halben Schwadron versuchte einen bulgarischen Posten bei Kaibiljar im Bezirk Kifil-Agatich zu umzingeln. Die bulgarischen Soldaten wiesen den türkischen Angriff zurück, der dreimal wiederholt wurde, wobei 20 Mann fielen. — 50 Paschibozuks mit zwei Schwadronen Kavallerie drangen in das bulgarische Städtchen Gohem-Bojakik in demselben Bezirk ein, sie wurden jedoch zurückgewiesen. Eine andere Abteilung türkischer Kavallerie wurde von dem Dorfe Kuffüllisse zurückgetrieben. — Die Türken haben in Wafiliko und Agathopolis am Schwarzen Meere Infanterie gelandet.

### Die Cholera.

Budapest, 28. Juli. Amtliche Meldung. In Temeschkiget nahe der serbischen Grenze ist ein Fall von Cholera festgestellt worden. Es wurden die strengsten Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

## Der Kampf um die Deckung.

Paris, 26. Juli. (Fig. Ver.)

Der Kampf um die finanzielle Deckung der Militärvorlage hat weniger lange gedauert, als man hätte vermuten können. Barthou ist der oppositionellen Linken nach einigem Widerstand mit einer veröhnlichen Gebärde entgegengekommen. Er hat öffentlich erklärt, daß eine Regelung auf einer anderen, als der von der Linken vorgeschlagenen Grundlage nicht möglich sei und sich verpflichtet, wenn der Senat lässig bleibt, selbst die Initiative in diesem Sinne zu ergreifen.

Die parlamentarische Situation hatte sich folgendermaßen entwickelt: Barthou hatte unlängst erklären müssen, daß die Kosten der neuen Rüstungen von den Besitzenden, die den meisten Vorteil davon hätten, getragen werden sollten. Auch hatte er zugesagt, die Deckungsfrage unmittelbar nach Erledigung des Dreijahresgesetzes zur Diskussion zu bringen. Andererseits hatte sein Finanzminister Dumont eine Einkommensteuervorlage produziert, die weit hinter dem feinerzeit unter Caillaux Ministerium beschlossenen und vom Senat verschleppten Gesetz zurücksteht und namentlich die Besteuerung statt auf Grundlage der Deklaration nach „äußeren Merkmalen“ veranlagte, d. h. dem Betrag Lir und Lor öffnen will. — Der Regierung wäre es nun am liebsten gewesen, wenn die Kammer sich bereitgefunden hätte, vorläufig das noch immer unerledigte Budget von 1913 zu erledigen und dann, mit ein paar unbestimmten Versprechungen für den Herbst ausgestattet, in die Ferien zu gehen. Und im Herbst oder Winter hätte man den Ausweg gesucht, statt der Finanzreform eine für die Großkapitalisten doppelt profitable Kisenanleihe zu beschließen, für deren Verzinsung man mit Zuschlägen und vermehrten indirekten Steuern auskommen wäre. Es mußte sich also der Linken darum handeln, schon jetzt einen Strich durch diese Rechnung zu machen. Die Sozialisten hatten für den Fall des Widerstandes der Regierung gegen die Ueberwälzung der Kosten der Militärvorlage auf die bestehenden Klassen die Obstruktion des Budgets angekündigt und ihr Steuerprogramm fand im Budgetausschuß die Mehrheit. Der Vorstoß im Plenum der Kammer wurde von den Linken liberalen Joquier und Cabal geführt, die beantragten, in einem Letztzuzug zum Finanzgesetz von 1913 die Aufnahme der progressiven Einkommen-, Kapital- und Vermögenszuwachssteuer in das Budget von 1914 auszusprechen. Die Regierung leistete zunächst Widerstand. Barthou erklärte, unmöglich mit einem solchen Text vor den Senat treten zu können, dessen gesetzgeberische Souveränität dadurch angetastet werde. Herr Dumont spielte in seiner Unzulänglichkeit in Finanzfragen mehr eine unfreiwillig heitere Rolle und beging eine Ungeschicklichkeit nach der anderen. Er verkündete geradezu, daß es ganz unmöglich sei, im Jahr 1915 mehr als eine Viertelmillion Steuerpflichtiger zur Einkommensteuer heranzuziehen und entdeckte, daß es sich überhaupt bei dieser Steuer um die heilige Aufgabe handle, „in das Geheimnis der Ehre und der Vermögen der Bürger einzudringen“ — um welcher Erleuchtung willen der „Temp“ dem pfaffenressenden Blokkitter a. D. ein gnädiges Lob gesendet hat.

Die Debatte erreichte am Donnerstag in einer dramatischen Spannung ihren Höhepunkt. Caillaux trieb mit einer großangelegten Rede und wiederholten weiteren Interventionen die Regierung so in die Enge, daß der arme Herr Dumont schließlich verstummte und die Verteidigung der Stellung ganz dem Ministerpräsidenten überließ. Aber auch Barthou sah, daß er von der Kammer eine Verleugnung des demokratischen Finanzprogramms auch durch Aufziehen der patriotischen Seite nicht erlangen könne, und wich Schritt für Schritt zurück, bis zum feierlichen Versprechen, daß die Regierung im Fall, daß der Senat die Einkommensteuer nicht

vor Abstimmung über das Finanzgesetz erledige, die Aufnahme der progressiven Einkommen- und Kapitalsteuer gemäß den vom Budgetausschuß angenommenen Grundsätzen in das Budget von 1914 fordern werde.

Damit war die Forderung der Opposition im wesentlichen bewilligt und das Amendement Jocher wurde zurückgezogen. Hierauf erklärte Jaurès im Namen der sozialistischen Fraktion die Zusage Barthous für eine annehmbare Bürgschaft. Die Sozialisten werden also das Budget nicht obstruieren.

Was sie erhalten haben, ist freilich erst ein Versprechen und seine Erfüllung ist nicht völlig gesichert. Der „Lemps“ wehrt zwar an dieser „Breche“ der kapitalistischen Steuerfestsetzung, aber er läßt die Hoffnung, diese zu behaupten, durchaus nicht fahren. Die Vermutung, daß Herr Barthou das Zugeständnis gemacht habe, um nicht durch eine Ministerkrise das Dreijahresgesetz in letzter Stunde in Gefahr zu bringen, ist für die Wahrheitsmoral des Ministerpräsidenten nicht eben sehr schmeichelhaft, aber man darf sie doch kaum als ein bloßes Geflüster betrachten. Indes ist nicht zu bestreiten, daß eine Obstruktion im jetzigen Augenblick einen schweren Stand gehabt hätte. Die Finanzreform in acht Tagen zu improvisieren und im Senat durchzusetzen war einfach unmöglich. Und für eine parlamentarische Verhinderung des Budgets fehlte die richtige Resonanz, nachdem die Regierung das Programm der Opposition unterschrieben hatte.

Im ganzen muß man sagen, daß auch der zweite Feldzug der Sozialisten gegen die militaristische Reaktion glücklich geendet hat, wenngleich seine Erfolge auf dem finanziellen Gebiet nicht so handgreiflich sind wie auf dem des Dreijahresgesetzes selbst, wo es unseren Genossen gelungen ist, wesentliche Bestimmungen im Interesse der Volksmassen durchzusetzen. Die geringere Bewußtheit der zweiten Erregung war vielleicht der Preis, den unsere Genossen für die erste bezahlten mußten. Die offiziellen „Sieger“ aber lehren übel genug zu gerichtet heim: mit einem Militärergesetz, dessen Undurchführbarkeit heute schon jedermann zugibt und mit einem öffentlich übernommenen Zahlungsversprechen.

### Die Deckungsfrage im Senat.

Paris, 28. Juli. Der Senat beriet heute das aus der Kammer zurückgekommene Budget. Ribot erklärte, die finanzielle Lage würde sich schwierig gestalten, auch ohne die militärischen Kosten, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, den Anstrengungen Deutschlands zu begegnen. Ribot gab der Ansicht Ausdruck, Deutschland denke nicht an einen Angriff, aber es denke vielleicht, daß seine Lage weniger gut gesichert sei infolge der letzten Ereignisse; ferner erklärte er, alle mühten die Lasten des Militärergesetzes auf sich nehmen, ohne daß ein Unterschied unter den Steuerpflichtigen gemacht werde. Das Land werde in männlicher Weise die Opfer auf sich nehmen, die man von ihm fordere. (Lebhafte Weisfall.)

Ministerpräsident Barthou gab die Zusicherung, daß das Budget 1914 klar und ohne Hinterhalt sein werde, und erklärte nach einer Anspielung auf die gegenwärtige Lage: Wenn Frankreich auch durch die letzten Ereignisse noch nicht in Mitleidenschaft gezogen sei, so halte sich die Regierung doch bereit, jede notwendige Initiative zu ergreifen, um den Weltfrieden zu sichern. Bezüglich der Ausführungen Ribots erklärte der Ministerpräsident, daß es falsch wäre, zu sagen, daß gewisse Ausgaben von gewissen Steuerpflichtigen zu tragen seien, aber gewisse Ausgaben hätten eine Vermehrung des Defizits und der Steuerlasten im Gefolge, die notwendigerweise diejenigen tragen müssen, die imstande seien, dies zu tun. (Weisfall.) Hierauf wurde die Generaldebatte geschlossen.

## Politische Uebersicht.

### Zum Krupp-Prozess.

Die „National-Zeitung“ erzählt:

Obwohl am Donnerstagvormittag 9 Uhr die Verhandlung gegen sieben Zeugoffiziere vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur beginnt, ist es bisher noch nicht gelungen, den Gerichtshof vollständig zu bilden, d. h. es ist noch nicht möglich gewesen, die drei richterlichen Offiziere zu ernennen. Kriegsgerichtsrat Dr. Welt, der in der Verhandlung die Anklage vertritt, hat auf telegraphische Anfrage eine ganze Anzahl Ablehnungen erhalten und zwar, dem Vernehmen nach, hauptsächlich deshalb, weil sehr viele Offiziere, die Richter für befähigt erachtet, auf den Truppenübungsplätzen sich befinden und dort augenblicklich unablöslich sind. Es dürfte kaum vor Mittwoch möglich sein, die drei noch fehlenden Richter, die höhere Offiziere sein müssen, zu gewinnen.

Das ist doch einigermaßen sonderbar. Sollten die Herren Offiziere etwa befürchten, daß ihr Verhalten möglicherweise eine Mißbilligung von oben erfahren könnte, wie wir das im Prozess Wilsse erlebten?

### Die Schattenseiten der Heeresvermehrung.

Die nationalpolitische Presse und die von ihr beeinflussten Vertreter der Militärverwaltung haben in allen Tonarten versichert, daß Deutschland nach Annahme der neuen Militärvorlage nahezu unübertwindlich sei. Es ist nun gewiß nicht ohne Interesse, was der Generalleutnant a. D. v. Reichenau im „Tag“ kritisch dazu äußert. Von sozialdemokratischer Seite ist mehr als einmal im Reichstag betont worden, daß mit der Vergrößerung der Armee ins Ungemessene nicht nur die Schwierigkeit der Führung, sondern auch die der Verpflegung so ungeheurer Truppenmassen wächst. An militärischen Führern ist freilich kein Mangel, aber die Vorbeeren, mit denen sie prunken, haben sie lediglich auf dem völlig ungefähren Manöverfeld geübt. Es sei nur daran erinnert, wie Fachleute seinerzeit über die von deutschen Kaiser geführten glänzenden Reiterattaken geurteilt haben. Die Meinung ging damals dahin, daß im Ernstfälle kein einziger dieser Reiter mit dem Leben davongekommen wäre. Der General von Reichenau, der die Schwierigkeiten der Heeresvermehrung im Ernstfälle erörtert, sagt daher auch:

„Die sich der Führung und sicherlich der Verpflegung der Millionenheere entgegenstellenden Hemmungen aller Art dürfen nicht unterschätzt werden, wozu indes so lange eine gewisse Gefahr vorliegt, als Aufgaben dieser Art noch nicht praktisch gelöst worden sind. Das konnte aber noch nicht geschehen, weil bisher niemals so große Heeresmassen verfügbar waren, wie sie künftig im Kriege zur Verwendung gelangen sollen, und weil sie noch niemals so rasch bewegt werden konnten.“

Aus diesem Grunde kommt der General zu dem Schluß, daß es fraglich sei, ob man die Armee unbegrenzt vermehren könne, selbst wenn Menschen und Mittel in reichem Maße vorhanden sein sollten. Von den Soldaten wird allerdings die Ertragung von Strapazen und Entbehrungen gefordert. Allein was nützt der beste Wille, wenn die physischen Kräfte versagen. Die Niederlage der von deutschen Offizieren geschulten türkischen Armee ist in der

Hauptsache auf den Mangel an Verpflegung zurückzuführen. „Wenn die Hunderttausende“, sagt General von Reichenau, „vor dem Schlagen im engen Raum vereint werden müssen, verschwinden die Lebensmittel des Landes wie die Blätter beim Einfallen von Heuschreckenschwärmen. Die endlosen Verpflegungskolonnen, aber werden oft genug an den ausgefahrenen Wegen festliegen, so sehrnützlich auch die Hungernden nach ihnen verlangen. In solcher Lage heißt es, den Leibgurt fester ziehen.“

Wenn es damit getan wäre, dann möchte es immer noch gehen, allein auch das Anziehen des Leibgurtes hat nun einmal eine ganz bestimmte Grenze!

Neben der Sorge um die Verpflegung der Truppen bewegt den General von Reichenau vor allen Dingen die weitere Sorge, daß die Truppen nicht genügend starke Kerben haben, um die Aufregung im Ernstfälle ruhig ertragen zu können. Er setzt das in den folgenden Zeilen auseinander:

„Die schon jetzt oft den Atem raubende Schnelligkeit des Infanteriegeschützes hat den Gipfelpunkt noch längst nicht erreicht, denn schon ist das Selbstladegewehr in Sicht, das in Vereinigung mit dem Maschinengewehr imstande ist, sich in die Ziele, gleich einer Stichflamme in Waags, hineinzustreifen. Welche Probe für die Kerben liegt darin! Und doch noch schärfer werden sie angespannt durch die künftig ausschließliche Verwendung der mit brillanten, dynamitähnlich wirkenden Stoffen geladenen Artilleriegeschosse. Was aber ein Schnellfeuer mit Brisantmunition heißen will, das hat man bis jetzt noch nicht voll im Ernstfall erfahren, ja, davon machen sich viele Angehörige der Armee noch keinen rechten Begriff, weil sie selbst bei Friedensübungen noch nicht in der Lage gewesen sind, am Ziel den Eindruck des Brisantgeschützes auf sich wirken zu lassen. In solchem Feuer im Ernstfall nicht allein auszuharren, sondern auch die Ruhe darin noch so weit zu bewahren, wie klare Befehlsgebung und Aktionsfähigkeit es verlangen, ist eine Aufgabe, die starke Kerben und Todesmut verlangt.“

Der General mühte unter solchen Umständen eigentlich dafür einzutreten, daß die Lage der arbeitenden Klasse, aus denen die Soldaten sich in der Hauptsache rekrutieren, gehoben wird, statt dessen wendet er sich gegen eine angelegliche Verwechslung, die ihre Ursache habe in verkehrter Lebensführung und in der Sucht nach Wohlleben. Uebersichtlich zu sagen, daß ein solcher Vorwurf die Arbeiterklasse nicht treffen kann, denn die enorme Verteuerung der Lebensmittel hat jede Sucht nach Wohlleben im Keime erstickt und viel besser wäre es, wenn der General einmal die Frage untersuchen würde, ob das verhässliche und verwöhnte Offizierkorps, das wir haben, dieser Aufgabe im Ernstfälle auch bestimmt gewachsen sein wird. Wenn von Verwechslung, von Wohlleben usw. geredet wird, dann trifft das lediglich zu auf die Abkömmlinge der besitzenden Klasse und gerade diesen werden die Führerstellen in der Armee auch im Ernstfälle vorbehalten sein!

### Wassermann als Zentrumsgönner.

Der bei der letzten Reichstagswahl in Bingen-Alzey gewählte auktionalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Jakob Weder ist bei den Jungliberalen wegen seiner kuriosen reaktionären Quersprünge wenig beliebt. Die „Jungliberalen Blätter“ haben daher jüngst dem Herrn Weder vorgeworfen, er stehe im Bündnis mit dem Zentrum. Darauf teilt jetzt der „Angelheimer Anzeiger“ mit, daß auch Herr Wassermann bei der Erstwahl 1909 bereit gewesen sei, mit dem Zentrum Hand in Hand zu gehen:

„Warum erzählen die „Jungliberalen Blätter“ nichts davon, daß im Jahre 1909 der Reichstagsabgeordnete Wassermann den Wahlkreis Mainz ohne Kampf dem Zentrum überlassen wollte, wenn dieses in Alzey-Bingen für den jetzt so verhassten Dr. Weder eintrete? Warum erzählen sie nichts davon, daß gerade der Abgeordnete Wassermann es war, der Herrn Dr. Weder zur Annahme der Kandidatur drängte?“  
Echt nationalliberal.

### Eine tihliche Sache.

Die in Trier erscheinenden, im Sinne der Berliner Richtung des Merkmalismus wirkenden „Petrusblätter“ erinnern daran, daß sich in dem offiziellen Leitfaden für das Lokalkomitee zur Vorbereitung der Katholikentage ein § 16 findet mit dem Wortlaut: „Die Rednerkommission hat... insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß die tihlichen Interessen, welche mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse und die Begebenheiten des letzten Jahres... besonders wichtig erscheinen, durch Reden in den öffentlichen Versammlungen oder durch Anträge in den geschlossenen Versammlungen behandelt werden.“

Auf Grund dieser Bestimmungen, meinen die „Petrusblätter“, sei es nicht zu umgehen, daß sich der Meher Katholikentag mit der Gewerkschaftszentrale Pius X. vom 24. September 1912 befaße. Die Katholikentage hätten sich schon seit vielen Jahren der sozialen Fragen angenommen und zu ihrer Behandlung sei ein besonderer Ausschuß eingesetzt, auch die Gewerkschaftsfrage sei auf früheren Katholikentagen wiederholt gestreift worden und deshalb dürfe man auch in Meher über endgültigen Erledigung der Gewerkschaftsfrage im Sinne der päpstlichen Entscheidung seine Mitwirkung nicht versagen. Und wenn man dem ausweichen wolle mit dem Einwurf, daß in dieser Frage unter den Katholiken keine Einigkeit bestehe, so sei gerade der Katholikentag geeignet, eine Einigung zu schaffen.

Jedenfalls hat man sich oft genug dagegen verwahrt, daß Katholikentage eine Parade seien, die lediglich äußere Geschlossenheit vortäuschen sollte. Sie sollen vielmehr Tage erster Arbeit sein, die ihr Arbeitspensum nicht in Rücksicht auf Scheinwirkungen, sondern in gewissenhafter Erwägung innerer Notwendigkeit zu wählen haben.

Und deshalb, meinen die „Petrusblätter“, müsse in Meher die Gewerkschaftsfrage behandelt werden, zumal auch das Lokalkomitee die Katholiken diemals einlade mit der ausdrücklichen Aufforderung, in Meher „die großen religiösen und sozialen Fragen der Zeit zu studieren und zu besprechen“.

So einleuchtend die Forderung des Trierer Blattes samt ihrer Begründung auch ist, so wird sie nicht erfüllt werden. Die Katholikentage sind wirklich nur Paraden und es wird um so mehr darauf gesehen, daß alles klappt, je größer die inneren Unstimmigkeiten sind. Der Meher Katholikentag wird sich mit dem Toleranzedikt des Konstantins aus dem Jahre 313 und mit dem Gesellenvereins des seligen Vaters Kolping, aber nicht mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigen.

### Die Unstittlichkeit des Mädchenturnens.

Bekanntlich will die katholische Weislichkeit vom Turnen nicht viel wissen, da zur Erlangung des Seelenheils die geistigen Übungen viel dienlicher sind, als die körperlichen, und überdies das Umhergehen in leichten, lustigen Turnerkleidungen die Sinnlichkeit reizt. Dennoch gestattet man den Männern das Turnen, wenn es auf streng konfessionelle Weise geschieht, das heißt die katholischen Turnvereine sich nicht irgendwelchen interkonfessionellen Turn-

verbänden anschließen, sondern Unterabteilungen der unter geistlichen Präsidien stehenden katholischen Gesellenvereine bilden. Das Turnen der katholischen Mädchen ist hingegen nach Ansicht der frommen Herren eine völlig unnötige modernistische Neuerung, zumal das Turnen im Freien, denn gar leicht könnte es passieren, daß Vorübergehende dabei nackte Mädchenbeine und -arme zu sehen bekämen und dadurch in ihrem sittlichen Gleichgewicht erschüttert würden.

Ein Fall, der aus Fichtelberg-Reuhaus im frommen Böhmenland gemeldet wird, illustriert aufs Schärfste diese kirchliche Sittlichkeitslehre. Dort wollte ein Lehrer einen Kursus für Mädchenturnen einrichten. Der kirchliche königlich böhmische Volksschulinspektor hatte jedoch gegen solches Beginnen schwere Bedenken — vornehmlich dagegen, daß das Mädchenturnen im Freien, auf dem Turnplatz, stattfinden sollte. Es werde, meinte er besorgt, doch nirgends Mädchenturnen im Freien getrieben! „Im Hof, wo die Leute vorbeigehen? Das kann nicht sein.“ Also das Mädchenturnen ward nicht gestattet, „weil hierfür alle Voraussetzungen in jeder Hinsicht fehlen“. Die Gemeindeverwaltung beschloß trotzdem die Einführung des Mädchenturnens. Da aber wurden die katholischen Vereine von Fichtelberg zusammengerufen. Die Volksseele kochte und schäumte und die tapferen Zentrumsmänner sahten eine Entschlieung, die als Protest durch die Volksschulinspektion an die Regierung eingeschandt wurde.

Wir sind neugierig, wie die hohe kirchliche Regierung entscheiden wird. Vielleicht zieht man erst bei den katholischen Moraltheologen der böhmischen Universitäten Erundigungen ein, ob nach der kirchlichen Morallehre das Mädchenturnen im Freien erlaubt ist. Der Fall ist äußerst schwierig, da der heilige Thomas von Aquino sich in seinen Schriften über das Mädchenturnen nicht äußert hat.

### Das Erfurter Kriegsgerichtsurtel.

dessen Härte im Reichstag bekanntlich scharf kritisiert worden ist und zur Forderung einer Aenderung des Militärstrafgesetzbuches geführt hat, kommt, da die Verurteilten Verurteilung eingeleitet haben, am 1. August vor dem Oberkriegsgericht des 11. Armeekorps zu Kassel zur Nachprüfung.

### Gesunder Schlaf.

Reichlich spät fällt sich die elsah-lothringische Regierung wegen, die fast durch die gesamte deutsche und französische Presse gegangene Mitteilung zu dementieren, daß vom Kommandeur des 16. Armeekorps der Befehl ergangen sei, keine elsah-lothringischen Soldaten mehr in Telegraphen- und Eisenbahnbureaus zu verwenden. Die amtliche Straßburger Korrespondenz schreibt:

„Vor einigen Tagen hat der „Messin“ die Nachricht gebracht, der kommandierende General des 16. Armeekorps habe für seinen Dienstbereich einen Befehl erlassen, monach kein elsah-lothringischer Soldat in Zukunft mehr in Bureaus beim Telegraphen- oder Telephondienst sowie beim Dienst der Eisenbahnen verwendet werden dürfe. Die Tagespresse hat diese Behauptungen aufgegriffen und daran eine Reihe von Kommentaren geknüpft. Dadurch ist eine wohl begründete Beunruhigung in allen Kreisen der Bevölkerung des Landes, insbesondere auch bei der großen Masse lohal gesinnter Bürger eingetreten. Diese Beunruhigung ist noch erhöht worden durch die Kritik, die ein Teil der Presse ohne weiteres gegen Regierung und Militärverwaltung üben zu sollen geglaubt hat, ohne abzuwarten, ob diese Gerüchte auf Wahrheit beruhten. Alle Behauptungen, monach der kommandierende General des 16. Armeekorps Befehle erteilt haben soll, hinsichtlich keinen elsah-lothringischen Soldaten seiner Abtammung wegen in Vertrauensstellungen zu verwenden, sind in jeder Hinsicht unzutreffend. Das gleiche gilt hinsichtlich des 15. Armeekorps; auch für dieses ist kein Befehl der fraglichen Art ergangen.“

Man scheint in Straßburg noch immer einen sehr gesunden Schlaf zu haben.

### Oestereich.

#### Der böhmische Staatsstreik.

Zur Auflösung des böhmischen Landtags und Einsetzung der bis auf weiteres oktrohierten Landesverwaltungscommission bemerkt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“:

„Woh! läge der Gedanke daher nahe, die Art an die Wurzel des Übels zu legen und in Wöhmen ganze Tat zu machen, also wirklich eine Ordnung herbeizuführen. Die Wahrscheinlichkeit, daß die in tiefen Stoll verdriffenen Nationen zu der Vereinbarung gelangen werden, die ein erträglicher Nebeneinanderleben und Mitzinaneinanderarbeiten verbürgt, die wird ja nur immer geringer; und auf jenen Ausgleich zu warten, der aus der freien Entschlieung der zankenden und zankfüchtigen Parteien hervorgegangen ist, erscheint noch den Erfahrungen, die man in so reichlicher Fülle schon gemacht hat, als eine Einbildung, der nachzubringen nachgerade eine ausschließliche Abergewalt wird. Mit der zehnprozentigen Umlage-Erhöhung und der Einführung der Vierumlage ist Böhmen nicht geholfen; die Heilung müßte, um segensreich zu wirken, schon noch anderswo ansetzen als bei den leeren Köpfen des Landesauschusses. Die Heilung verlangt ebenso eine Neuordnung des Verhältnisses der beiden Nationen, soweit es sich in Gesetzen und Institutionen ausdrückt, wie sie eine Erneuerung des Landtages aus der Tiefe heraus erfordert, die die Gewähr dafür gibt, daß neben den nationalen Sorgen, die so vielfach hohle Uebertriebenheiten sind, auch die sozialen Sorgen der Völker ungedrungen zum Ausdruck gelangen. Dazu wäre freilich eine unerschrockene und zielbewusste Tat notwendig; wer wird sie aber von den Jämmerlingen, denen Oestereich heute anvertraut ist, erwarten wollen?“

### Frankreich.

#### Die Erbitterung über das Dreijahresgesetz.

Agen-Provence, 27. Juli. Der Deputierte André Lefebvre, der für den Generalrat kandidiert, wurde in einer Rede, die er auf einer Wahlversammlung hielt, von den Gegnern des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit unterbrochen. Als sich Lefebvre auf seinen Platz zurückbegab, schlug ihn ein Zuhörer heftig auf den Kopf. Lefebvre trug eine leichte Verletzung davon.

### Marokko.

#### Kolonialfreunden der Spanier.

Ceuta, 28. Juli. Auf dem Wege zwischen Ceuta und Tetuan griffen Rabhlen einen Bogen an, in welchem sich der Sekretär des Ausschusses für öffentliche Arbeiten bei der Generalresidenz Emilio Gutierrez und seine Gattin nebst drei Kindern in jugendlichem Alter befanden. Schwager Manzano, zwei Bediente und der Ausfischer sowie dessen Schwager eröffneten ein Feuer, verwundeten den Ausfischer lebensgefährlich und töteten Gutierrez, Manzano, eines der Kinder und einen der Bedienten. Frau Gutierrez und ein Kind von vier Jahren wurden schwer verletzt. Vor einer im Galopp heranbrausenden Kavallerieabteilung ergriffen die Rabhlen sobald die nahenden Ufer des Meer bamin wurde eine Schaar von Rif-Berbern durch eine spanische Kolonne auseinander gesprengt. Bei manern durch eine spanische Kolonne auseinander gesprengt. Bei den Spaniern fielen zwei Offiziere, zwölf Soldaten wurden verwundet.

Tanger, 28. Juli. Viele aus Tetuan vom 25. d. M. melden, daß die Stadt eingeschlossen sei und daß Schüsse gegen sie

abgegeben werden. Es seien mehrere Transporte auf der Route nach Ceuta angegriffen und aufgehoben worden. Zahlreiche Raunen bereiten sich vor, an einem neuen heftigen Angriff teilzunehmen.

## China.

### Niederlagen der südnachlichen Revolutionsarmee.

London, 28. Juli. Die Times meldet aus Peking vom 27. d. M.: Die Forts von Hukou an der Mündung des Pekingsees, auf die die Operationen der Revolutionsarmee von Kiangsi basiert waren, sind von den Regierungstruppen eingenommen worden. Dieser Erfolg, der hauptsächlich durch das Eintreffen der Flotte erreicht wurde, bricht der Bewegung in Kiangsi das Rückgrat und wird die Truppen und die Kanonenboote für die Offensive weiter unterhalb am Fluße und für einen Angriff auf die Nachhut der Nanjing Armee freimachen.

Schanghai, 28. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Municipalpolizei hat gestern 300 ausländische Soldaten entwaffnet. Marinesoldaten der verschiedenen Nationen bewachen die Fremdenquartiere.

Kantung, 27. Juli. Bei Beginn der Erhebung drangen die Südhinesen mit Geschwindigkeit auf der Bahnlinie Tientsin-Peking vor in der sicheren Erwartung, daß der General Tschangsun sich ihnen anschließen oder doch neutral bleiben würde. Sein unerwarteter Widerstand brachte den Vormarsch vollständig zum Stehen, und sie hatten keine Wahl, als über den Hwei zurückzugehen. Es fehlt ihnen an Proviant, und sie werden im Süden durch die Regierungstruppen bedroht, die durch die Provinz Anhui durchziehen. Man erwartet, daß sie sich wieder auf Kantung zurückziehen.

## Amerika.

### Die Vereinigten Staaten gegen Mexiko.

Washington, 28. Juli. Da die Sicherheit der amerikanischen Untertanen in Mexiko bedroht ist, hat die amerikanische Regierung bei der mexikanischen energische Vorstellungen erhoben.

## Aus der Partei.

### Der neue Liberalismus.

Die „Festsstellung“ des Genossen Kautsky über seinen „neuen Liberalismus“ werde ich, zusammen mit seinem Angriff gegen mich in der Frage des Massenstreiks, in der „Neuen Zeit“ beantworten — vorausgesetzt natürlich, daß man mich dort zu Wort kommen läßt. N. Lugemburg.

### Totenliste der Partei.

Genosse Karl Attinger aus Singen, Sekretär des ersten badischen Reichstagswahlkreises, ist am Sonntagmorgen auf einer Radtour von Untwöhlheim befallen worden und ist eine Stunde später gestorben.

### Der medlenburgische Parteitag.

wurde am Sonntag in Strelitz eröffnet. Vom Parteivorstand war Genosse Pfannkuch von Berlin anwesend, der in seiner Rede betonte, daß die Partei keine Ursache habe, mit dem Stand der Organisation unzufrieden oder gar davon enttäuscht zu sein. Selbstverständlich bleibe noch vieles zu wünschen, und Aufgabe der Genossen sei es, die Organisation so zu stärken, daß, wenn eventuell der Wille zum Massenstreik wirklich vorhanden ist, er nicht nur eintritt, sondern auch zum siegreichen Ende geführt werden kann. Aus dem vom Landessekretär Kröger-Rostock erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß die Organisation sich wie in den Vorjahren weiter entwickelt hat. — Angenommen wurde der Organisationsentwurf, der Medlenburg und Lübel zu einem Agitationsbezirk zusammenfaßt.

### Aus den Organisationen.

Am Sonntag tagte in Görlitz die Bezirkskonferenz für den Agitationsbezirk Westlich. Als Vertreter des Parteivorstandes war Genosse Brühl erschienen. Aus dem Geschäftsbericht ist mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl in der neun Monate umfassenden Berichtsperiode um 879, darunter 514 Frauen, gestiegen ist. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 8297, darunter 1561 weibliche Mitglieder. Die Gewerkschaften im Bezirk wiesen eine Mitgliederzahl von 23 365 auf; gegen das Vorjahr eine Zunahme von 2307. Wegen der Teuerung und ihre Ursachen fanden in zahlreichen Orten des Bezirks Protestversammlungen statt. In verschiedenen Orten wurden durch das Vorgehen unserer Genossen Kommissionen zur Vinderung der Teuerung eingesetzt und die Gemeindevorstellungen dazu gedrängt, Lebensmittel durch Selbstverkauf und direkte Abgabe an die Konsumenten zu verbilligen. Die zeitweilige Einfuhrerlaubnis von Fleisch ist auf den Einfluß der Sozialdemokratie zurückzuführen. In der Berichtszeit fanden 141 Volksversammlungen, 33 öffentliche Frauenversammlungen und 41 Mitgliederversammlungen statt, außerdem noch 42 Zusammenkünfte der weiblichen Mitglieder. In das Berichtsjahr fiel auch die Anstellung der Sekretarin, Genossin Frieda Wulff-Breslau. An Flugblättern und Schriften wurden verbreitet 308 500, darunter 97 300 Kalender. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter haben sich vermehrt von 189 in 35 Orten im Jahre 1911/12 auf 196 in 53 Orten im Jahre 1912/13.

Wohnungsansprüche bestehen in 11 Orten. Die Presse weist eine Zunahme von 357 Abonnenten auf. Ihr Strafkonto hat im Berichtsjahre keine wesentliche Steigerung erfahren. Die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ sind gestiegen von 376 auf 484. Bei den Landtagswahlen wurden abgegeben im ganzen Bezirk 11 784 sozialdemokratische Stimmen, auf die 253 Wahlmänner entfielen. Das Sekretariat weist 760 Eingänge und 1050 Ausgänge auf. Der Kassensbericht der Agitationskommission ergibt bei einer Einnahme von 7142,68 M. und einer Ausgabe von 7054,17 M. ein Defizit von 511,49 M. Beschlissen wurde, in der ersten Hälfte des September in allen Orten des Bezirks eine umfassende Hausagitation für die „Görlitzer Volkzeitung“ vorzunehmen.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Sorau-Fork tagte am vergangenen Sonntag in Fork. Aus dem vom Vorsitzenden und dem Kassierer erstatteten Bericht war zu entnehmen, daß von einer Stagnation im Parteileben des Kreises nicht gesprochen werden kann, aber auch ein Fortschritt nicht gerade zu verzeichnen ist. Waren im vorhergehenden Geschäftsjahr 2638 männliche und 411 weibliche Mitglieder eingetragen, so sind in diesem Geschäftsjahr 2684 männliche, aber nur 325 weibliche Organisierte vorhanden.

Von den Delegierten wurde hauptsächlich bemängelt, daß die Agitation in den ländlichen Bezirken nicht genügend gepflegt worden ist. Vom Vorsitzenden des Kreisauausschusses ist ein großartig angelegter Plan für die Landagitation in Aussicht gestellt worden. Obgleich die Frage des Massenstreiks nicht auf der Tagesordnung stand, war die Generalversammlung nach einigen Ausführungen des Vertreters des Provinzialausschusses, Gen. Schabow, Kottbus, in einen lebhaften Gedankenaustausch über dieses Thema eingetreten. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Gen. Oswald Schumann, vertrat den Standpunkt, daß der Massenstreik nicht grundsätzlich abzulehnen ist. Im Falle eines Anschlages auf das Reichstagswahlrecht oder auf das Koalitionsrecht muß jedes geeignete erscheinende Mittel zur Abwehr angewandt werden und ein solches Mittel ist dann der Massenstreik. Aber als Angriffswaffe zur Ertragung politischer Rechte den Massenstreik zu propagieren, hält der Genosse für bedenklich. Darauf wurden Vorschläge für den Parteitag und zur Provinzialkonferenz vorgenommen und eine Resolution angenommen, in der die Haltung der Reichstagsfraktion gegenüber den Wehr- und Redungs-

Das bodnische Parteiblatt „Stimme der Freiheit“ wird vom 1. August an, trotz der Verfolgungen durch die Militärzensur, als Tagesblatt erscheinen.

## Soziales.

### Behördlicher Angriff gegen das Koalitionsrecht des Pflegepersonals.

Der Landeshauptmann in Ostpreußen hat nachstehende Verfügung gegen das Koalitionsrecht des Pflegepersonals erlassen:

Der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen.  
Weich.-Nr. II. A. 4023.

Königsberg, 22. Juli 1913.

Der Anschluß des Pflegepersonals an den Verein angestellter Pfleger und Pflegerinnen der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten Ostpreußens hat insofern Unzuträglichkeiten gezeigt, als in einer Anstalt zwischen Vereinsmitgliedern und solchen Pflegern, die aus dem Verein ausgetreten sind, eine tiefgehende Mißstimmung und Entfremdung eingetreten ist. Hierdurch werden die Interessen dieser Anstalt auf das nachteiligste beeinträchtigt, und es ist zu befürchten, daß derartige Mißstände sich auch in anderen Provinzialanstalten entwickeln. Die Zugehörigkeit des Pflegepersonals zu dem Verein hat sich hiernach als mit dienstlichen Interessen unvereinbar herausgestellt.

Ich wünsche deshalb, daß kein Pfleger und keine Pflegerin mehr dem Verein beitrete, und daß diejenigen, welche noch Mitglieder sind, ihren Austritt aus dem Verein erklären.

Zugleich bestimme ich folgendes:  
1. Jeder, der in Zukunft als Pfleger (Pflegerin) angenommen wird, hat sich schriftlich zu verpflichten, weder dem genannten Verein, noch dem „Bunde angestellter Pfleger und Pflegerinnen der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten Deutschlands“ zu Neuruppin, noch einem Verein mit gleichen oder ähnlichen Tendenzen beizutreten. Ihm ist bei der Annahme protokolllarisch zu eröffnen, daß er sofort entlassen werden wird, wenn er der eingegangenen Verpflichtung zuwiderhandelt.

2. Die auf Kündigung oder auf Lebenszeit angestellten Pfleger und Pflegerinnen haben, so lange sie in dem Verein verbleiben, fortan auf keine Vergünstigungen (Unterstützungen, nachweisliche Ueberlassung von Acker- oder Gartenland, Gehaltsaufbesserungen usw.) zu rechnen. Die auf Kündigung Angestellten haben keine Aussicht auf lebenslängliche Anstellung.

Weitere Maßnahmen behalte ich mir vor.

Ich erlaube Sie, diese Verfügung den Pflegern und Pflegerinnen bekannt zu geben und mir bis zum 1. August d. J. diejenigen zu melden, welche entgegen meinem Wunsch ihren Austritt aus dem Verein nicht vollzogen haben. Diese haben ihre Weigerung zu erklären. Die übrigen Pfleger und Pflegerinnen, die aus dem Verein ausgetreten sind, haben dies schriftlich zu versichern und die in Ziffer 1. Satz 1 enthaltene Erklärung abzugeben. Die Protokolle sind der Meldung beizufügen.

Im Auftrage.

(gez.) Dr. Blum.

An den Herrn Direktor in Tapiau.

Bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde von den Kommissionsmitgliedern aller Parteien und vom Regierungsvertreter anerkannt, daß Verträge, welche die Koalitionsfreiheit beschränken, „zweifellos“ gegen die guten Sitten verstößt und deshalb nichtig sind. Es wurde deshalb ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, ausdrücklich Verträge für nichtig zu erklären, durch die Arbeitern die Verpflichtung auferlegt wird, bestimmten politischen oder gewerkschaftlichen Vereinigungen nicht anzugehören oder aus denselben auszutreten. Hier verlangt der ostpreussische Landeshauptmann, daß nur solche gegen die guten Sitten verstoßenden Verträge abgeschlossen werden. Er folgt dabei den Angriffen, die der Staatssekretär Delbrück in der letzten Reichstagsession gegen das Koalitionsrecht machte. Das Koalitionsrecht ist ein für Lohnangehörige unentbehrliches, unveräußerliches und unbedingtes Recht. Vertragsvorschriften, wie sie der Landeshauptmann fordert, sind nichtig. Der Hauptvertreter des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches, Blum, sagt in seinem Kommentar zum B. G. B.: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die großen Prinzipien des modernen Rechts, insbesondere gegen die Prinzipien der Koalitionsfreiheit verstößt, ist immer auch ein gegen die guten Sitten verstoßendes Rechtsgeschäft anzusehen.“ Gegenüber der wachsenden Tendenz, das Koalitionsrecht trocken zu legen, und gegenüber der Unzuverlässigkeit des Reichsgerichts auf diesem Gebiete wird die Notwendigkeit immer dringender, das Koalitionsrecht mit wirksamem Schutz gegen seine Angreifer zu umgürten.

### Landwirtschaftliche Unfallverhütung.

So schlecht es auch in den industriellen Betrieben noch um die Durchführung der Maßregeln zur Verhütung von Unfällen steht — die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten liefern dazu alljährlich bezeichnende Beiträge — noch schlimmer sieht es in dieser Beziehung in den landwirtschaftlichen Betrieben aus. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sind einer unverständlichen Sorglosigkeit ausgeliefert. Diese sehr gelinden Strafen, die von den Berufsgenossenschaften gegen nachlässige Gutsherren verhängt werden, wirken natürlich nicht, und so müssen Hunderte, ja Tausende von Arbeitern die unverantwortliche Nachlässigkeit der Unternehmer mit ihrer Gesundheit oder ihrem Leben bezahlen. Wie traurig es um die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften bestellt ist, zeigt der Bericht der technischen Aufsichtsbeamten der westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft.

Es heißt darin, daß vor jeder Revision das bevorstehende Erscheinen des Revisionsbeamten öffentlich bekannt gemacht worden sei, so daß jeder Landwirt habe wissen müssen, daß an einem bestimmten Tage sein Betrieb revidiert werden würde. In 963 Hauptbetrieben sind aber trotzdem nicht weniger als 3903 Verstöße gegen die Vorschriften festgestellt worden — auf jeden Betrieb kommen also im Durchschnitt vier Verstöße! Ausdrücklich wird hervorgehoben:

„In der Berichtszeit ist kein einziger Betrieb gefunden worden, in welchem keine Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften festgestellt werden konnte. Einer unermuteten Nachrevision wurden 1151 Betriebe unterzogen. Hierbei wurden, trotzdem bei der ersten Revision dem Betriebsunternehmer durch den technischen Aufsichtsbeamten eine eingehende Belehrung an Ort und Stelle erteilt worden war, noch 850 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften konstatiert.“

Diese traurigen Feststellungen veranlassen den Beamten zu der Klage, daß es sich häufig nur um Mangel an gutem Willen gehandelt habe. In vielen Fällen sei ohne Bestrafung überhaupt nichts zu erreichen gewesen. Als Strafen sind aber nur Geldbußen von 3 bis 5 M. festgesetzt worden, und auch in den Fällen — 153 —, wo bereits ein Unglück infolge des Fehlens der Schutzrichtungen eingetreten war, ging die Berufsgenossenschaft nicht über eine Geldstrafe von 50 M. hinaus. Vielfach sind Kinder und altersschwache Personen an den Maschinen und anderen gefährlichen Arbeitsstellen beschäftigt angetroffen worden!

Die Mittelungen beweisen wiederum, wie leichtfertig gerade in landwirtschaftlichen Betrieben mit der Gesundheit der Arbeiter umgesprungen wird.

Die Berichte der anderen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, nicht minder aber die jährlich steigende Zahl von Opfern an Gesundheit und Leben landwirtschaftlicher Arbeiter zeigen, daß die im Bericht der westfälischen Berufsgenossenschaft niedergelegten Mißstände leider nicht vereinzelt sind. Sie schreien nach Abhilfe. Und dennoch hat die Reichsversicherungsordnung dem Reichsversicherungsamt verboten, Unfallverhütungsvorschriften für ländliche Betriebe zu erlassen. Den Arbeitern ist in der Landwirtschaft wie in der Industrie versagt, bei der Ueberwachung von Unfallverhütungsvorschriften mitzuwirken. Ein freies Koalitionsrecht der Landarbeiter würde manche Mißstände zu beseitigen geeignet sein.

## Aus Industrie und Handel.

### Fiskus und Kohlenkonvention.

Wie ein bürgerliches Blatt zu melden weiß, will der Bergfiskus in diesem Jahre die jeden Herbst vorgenommene Kohlenverteuerung der privaten Bechen nicht mitmachen. Die Oberschlesische Kohlenkonvention beabsichtigt wie gewöhnlich am 1. September ihre Kohlenpreise um 50 bis 60 Pf. zu erhöhen. Der Fiskus hat dagegen erklärt, im Gegenzug zu früheren Jahren von einem Winteraufschlag abzusehen. Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, so wäre das ein Zeichen, daß der Fiskus endlich seine Aufgabe erkennt, die Interessen der Konsumenten gegenüber den Unternehmer-tariffen zu schützen.

### Zur Konzentration in der Stahlindustrie.

Die Beteiligungen im Stahlwerkverbande haben seit der Verlängerung des Verbandes im Vorjahre einige Veränderungen erfahren. Veranlaßt wurden diese Änderungen durch die Einbeziehung der Erweiterungsbauten der großen Püttzengeden, so daß die Ueberlegenheit der gemischten Werke gegenüber den reinen Werken in den Beteiligungsziffern noch deutlicher hervortritt. Nach einer Aufstellung der „Köln. Zig.“ ist die Veranschlagung der neuen Werke von Gelsenkirchen und der Thyssenschen Gruppe durch eine Zusatzbeteiligung von je 100 000 Tonnen zum Ausdruck gelangt. Beide Werke haben in sämtlichen Gruppen entsprechende Erhöhungen ihrer Beteiligungsziffern erfahren. Die absolut und verhältnismäßig höchste Gesamtbeteiligung hat die Gruppe Deutsch-Luxemburg mit 589 783 Tonnen oder 8,9 Proz. Ihr kommt am nächsten die Gruppe Burbach-Eich-Düdelingen mit 7,9 Proz., darauf folgen Friedr. Krupp A.-G. mit 7,8 Proz. und der Phönix mit 7,1 Proz., dann erst kommen die Thyssensche Gruppe mit 7,1 Proz. Hinter diesen Riesen bleiben die anderen Werke ziemlich erheblich zurück. Was die einzelnen Gruppenbeteiligungen anbelangt, so stellt sich die Gesamtbeteiligung der Werke in Eisenbahnmateriale (Schienen, Schwellen) auf 2 550 427 Tonnen. Darauf folgt die Gruppe Formeisen (T- und U-Eisen) mit 2 501 442 Tonnen und endlich die Gruppe Halbzeug (Knüppel, Blöde, Breiteisen) mit 1 343 889 Tonnen. Die Gesamtbeteiligung von Halbzeug macht sonach noch nicht einmal 25 Proz. der Gesamtbeteiligungsziffer in den Produkten A aus. Die überlegende Bedeutung, die das Eisenbahnmateriale für die Werke des Verbandes gewonnen hat, tritt aus dieser Zusammenstellung somit noch deutlicher als aus den Ueberhöhen früherer Jahre hervor. Die absolut und verhältnismäßig höchste Beteiligungsziffer in dieser wichtigen Gruppe hat die A.-G. Friedr. Krupp mit 9,9 Prozent. Darauf folgt die Gruppe Deutsch-Luxemburg und weiter der Phönix. Eine im Verhältnis zu seiner Gesamtleistung sehr hohe Beteiligung an Eisenbahnmateriale hat der Bochumer Verein, wenn er mit der absoluten Höhe dieser Ziffer auch hinter jenen großen Werken weit zurückbleibt. In der Gruppe Halbzeug behaupten die Rombacher Hüttenwerke mit 13,1 Proz. nach wie vor die erste Stelle. Darauf folgen die Gruppe Burbach-Eich-Düdelingen, ferner Friedr. Krupp A.-G. und der Phönix. Bei den Rombacher Hüttenwerken macht die Halbzeugbeteiligung mehr als 50 Proz. ihrer Gesamtbeteiligung aus. In Formeisen steht die Deutsch-Luxemburgische Gruppe mit 9,7 Proz. weit aus der ersten Stelle. In erheblichem Abstand folgen darauf die Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke mit einer Beteiligung von 8,5 Prozent, die Firma de Wendel u. Co. mit 8,1 Proz. und das Feiner Halbzeug mit 8 Proz. Bei allen anderen Werken bleibt die Formeisenbeteiligung in mehr oder weniger großem Umfang hinter 300 000 Tonnen zurück.

## Letzte Nachrichten.

### Rumänien fordert die Schließung bulgarischer Festungen.

Bukarest, 28. Juli. (Meldung des Wiener K. K. Tel. Corr.-Bureaus.) Mit Rücksicht auf die Bestimmung des Petersburger Protokolls, wonach Bulgarien sich verpflichtet, die näher zu bestimmende Grenzzone nicht zu besetzen, wird Rumänien die Schließung der Befestigungen von Ruffschul und Schurja verlangen.

### Politische Krise in Portugal.

Lissabon, 28. Juli. Die revolutionäre Bewegung in Portugal ist viel ernster, als die Regierung zugeben will. Die Zahl der mit der Neuordnung der Dinge im Lande seit dem Sturze der Monarchie Unzufriedenen ist sehr bedeutend gewachsen und die gegenwärtige Regierung sieht sich gezwungen, gegen eine ganze Anzahl von Leuten, die ihr feinerzeit bei der Vernichtung der Königsherrschaft geholfen haben, vorzugehen. Die Arbeiter spüren noch nichts von den erhofften Erleichterungen ihrer Lage, die ihnen die Republik bringen sollte. Es hat sich eine starke Strömung gerade unter dieser Klasse der Bevölkerung gebildet, die auf einen Sturz der gegenwärtig am Ruder befindlichen Politiker hinarbeitet. Die neue Bewegung ist geschickt geleitet. An ihrer Spitze stehen viele von den Führern der Revolution im Oktober 1910. Einer von diesen, der sich damals einen gewissen Namen gemacht hatte, Americo Oliveira, wurde heute von der Polizei in Alcobassa verhaftet. Ob diese Verhaftungen die Bewegung aufhalten können, scheint ungewiß.

### Zum Morde im D-Juge.

Frankfurt a. M., 28. Juli. (P. C.) Bei einem hiesigen Attentat wurden heute die Uhr und die Kette des im D-Juge ermordeten Kaufmanns Brechner gefunden. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte die Gegenstände sofort. Die Prämie auf die Ergreifung des Mörders ist auf 2000 M. erhöht worden.

### Diebstahl in der Genter Weltausstellung.

Brüssel, 28. Juli. (W. T. B.) Aus der belgischen Kolonialabteilung der Weltausstellung in Gent sind in der letzten Nacht goldhaltige Barren im Werte von 100 000 Fr. verschwunden. Von dem Diebe fehlt jede Spur.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreise.  
Beginn 215.  
Am 26. Juli verstarb unser  
Mitglied, der Berliner  
**Hans Lützw.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Mitt-  
woch, den 30. Juli, nachmittags  
4 1/2 Uhr, von der Halle des  
Simons-Kirchhofes, Brig.  
Tempelhofer Weg aus statt.  
Um rege Beteiligung bitte!  
206/7 **Der Vorstand.**

**Verband der Gastwirtsgehilfen.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser langjähriges Mitglied,  
der Berliner  
**Hans Lützw.**  
am 25. Juli verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 30. Juli, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Kapelle  
des Kirchhofes der Simons-Ge-  
meinde, Neuföln, Mariendorfer  
Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
32/1 **Ortsverwaltung Berlin I.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreise.  
Am 26. d. M. verstarb unser  
Genosse, der Gärtler  
**Bruno Richter**  
Soldiner Straße 11. Bez. 815a.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 30. Juli, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle des  
Sophien-Kirchhofes in der Frei-  
walder Straße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Bader  
**Walter Weselowski**  
am 26. Juli im Alter von 29 Jahren  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, den 29. Juli, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Sophien-Kirchhofes, Freiwalder  
Straße, aus statt.  
67/1 **Die Bezirksverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, dass  
unser Mitglied, Frau  
**Elisabeth Becker**  
Brüder Str. 55, am 25. Juli an  
Lungenleiden gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 30. Juli, nachm.  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
St. Simons-Kirchhofes in Brig.  
Tempelhofer Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, dass  
unser Mitglied, der Schlosser  
**Hermann Förder**  
gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
122/18 **Die Ortsverwaltung.**

**Verein der Stereotypen-  
und Galvanoplastiker**  
Berlins und Umgegend.  
Unseren Mitgliedern zur Nach-  
richt, dass am 23. Juli der Kollege  
**Herm. Thormeyer**  
plötzlich gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Dienstag, den 29. Juli, nach-  
mittags 5 Uhr, auf dem Weis-  
mann-Kirchhof in Nordend statt.  
Um zahlreiche Beteiligung er-  
sucht  
268/4 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise.  
Köpenicker Viertel. Bezirk 175.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Tischler  
**Wilhelm Gesekus**  
Gärtnerstr. 26  
durch Unfall verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung fand am 27. Juli  
in Schandau statt.  
216/2 **Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**  
Am Donnerstag, den 24. d. M.,  
verstarb infolge eines Unfalles  
beim Bergport der Tischler  
**Wilhelm Gesekus.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung fand in Schandau  
in Sachsen statt. 24/1  
Die Kollegen der Möbelfabrik  
„Fortuna“.

Heute nachmittags 1 Uhr ent-  
schied sanft nach kurzem, schwerem  
Leiden unser lieber Kollege, der  
Schriftsetzer  
**Karl Sy**  
im 36. Lebensjahre.  
Sein Andenken werden stets in  
Ehren halten  
**Die Kollegen**  
der „Vossischen Ztg.“  
Berlin, den 26. Juli 1913.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die reichen Kranz-  
spenden beim Begräbnis meines lieben  
Vaters Max Konzok sage ich hier-  
durch allen Freunden und Bekannten,  
besonders der Firma und den Kollegen  
von Köster und Prohl meinen herz-  
lichsten Dank.  
1655 **Martha Konzok, Witwe.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die reichen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meines  
lieben Vaters, unseres guten Vaters  
Karlhard sagen wir allen Verwandten  
und Bekannten, sowie den Genossinnen  
und Genossen des Wahlvereins, den  
Kollegen der freien Gastwirte, sowie  
dem Verein der arbeitenden Jugend,  
dem Sparverein, sowie allen Be-  
teiligten unseren besten Dank.  
Witwe Louise Nalhardt, geb. Scholze  
nebst Kindern. 169/16

**Witwe C. Raeke**  
nebst Kindern.  
669/1

**Kranzspenden**  
sowie sämtliche  
**Blumenarrangements**  
liefert schnell und billig **Paul**  
**Gross, Lindenstr. 69, Tel. 391. 7903.**

**Deutscher Holzarbeiter - Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
**Branchen-Versammlungen**  
**Sargtischler.**  
Mittwoch, den 30. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal  
von P. Michaltseck, Petersburger Str. 84.  
**Bodenleger.**  
Mittwoch, 30. Juli, abends 8 Uhr, im „Gewerkschafts-  
haus“, Engelauer 15, Saal 8.  
Tagesordnung:  
1. Bau Wertheim. 2. Branchenangelegenheit. 3. Verschiedenes.  
86/11 **Die Ortsverwaltung.**

**Schöneberg.**  
**Sozialdemokratischer Wahlverein.**  
Dienstag, den 29. Juli 1913, abends 8 Uhr,  
in den Neuen Rathauskellern, Weininger Straße Nr. 8:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Der Jenaer Parteitag. 2. Antrag. 3. Ber-  
richte zur Delegiertenwahl. 4. Wahl der Delegierten zur Landes- und  
Kreisdelegiertenversammlung. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Die Genossinnen sowie Genossen wollen pünktlich und zahlreich  
erscheinen. 15/17. **Der Vorstand.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 195, 1239, 1687, 9714.

Mittwoch, den 30. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten  
Berufsgenossen  
im **Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.**  
Tagesordnung:  
Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den 30. Juli 1913, abends 8 Uhr:  
**Versammlung**  
aller in den Buchstabenbetrieben beschäftigten  
Klempner, Gärtler, Schlosser usw.  
in den **Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die Agitation in unserer Branche in der letzten Zeit.  
2. Diskussion. 3. Ansprache über die einzelnen Betriebe.

**Rohrleger und Helfer!**  
Mittwoch, den 30. Juli 1913, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im großen Saale des **Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Agitationskommission. 2. Neuwahl der Agitations-  
kommission und des Branchendirektors. 3. Unsere Aufgaben unter  
dem neuen Tarif. Referent: Kollege W. Sloring. 4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert!

Donnerstag, den 31. Juli 1913, abends 6 Uhr:  
**Versammlung**  
aller in den Stempelbetrieben beschäftigten Kollegen  
und Kolleginnen  
im **Gewerkschaftshaus Engelauer 15, Saal 4.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag über Tarifverträge. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, 31. Juli 1913, abds. pünktlich 8 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche Generalversammlung**  
unserer Verwaltungsstelle  
im großen Saale der **Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 23.**  
Tagesordnung:  
**Stellungnahme zum außerordentl. Verbandstag in Berlin.**  
Mitgliedsbuch und Legitimationskarte sind vorzuzeigen;  
ohne diese kein Zutritt. Vertretung ist nicht zulässig. Besondere  
Einladungen erfolgen diesmal nicht.  
122/19 **Die Ortsverwaltung.**

**Tätowierung**  
entfernt Dr. Schünemann  
Spezialarzt für Hautkrankheiten  
Berlin S., Oranienstraße 139.  
217/20  
**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz  
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69 (Laden)  
**Ansichtskarten**  
vom  
Riesengebirge, Harz,  
Sächsische Schweiz,  
Dresden, Berlin  
in reicher Auswahl.  
Stück 5 Pf.

**JUNO**  
Josefetti 2 Cigarette  
KON-  
LINON

**25%**  
Ermäßigung nur auf  
**Reise-Gläser**  
außer Markenartikel.

**Schutzgläser**  
gegen die Sonne  
mit gewölbten od. großen Gläsern  
in grau, blau, gelb, Mallauer  
Sanosop etc., auch mit  
geschliffenen Gläsern, in  
jeder Nummer, von M. 2.- an

**Prismengläser**  
deutsche und ausländische Fabrikate,  
billige Spezial-Modelle für jeden, der  
etwas Gutes haben möchte, ohne  
hörende Preise zahlen zu müssen.  
Preis 6mal Vergrößerung M. 75.-  
- 8mal - M. 85.-  
worauf wir jetzt noch 25% gewähren.

**10 Geschäfte:**  
Oranien-Str. 44 nahe Oranienplatz  
Friedrich-Str. 190 im Bavaria-Haus  
Link-Straße 1 Ecke Potsdamer Str.  
Tauentzien-Str. 14 nahe Kirche  
Am Alexander-Platz neb. Aschinger.

**Optiker Ruhnke**

**10 Geschäfte:**  
Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheenstr.  
Chaussee-Straße 72 nahe Müller-Str.  
Unter den Linden 20 nahe Passage  
Brunnen-Str. 12 nahe Veteraniensir.  
Am Spittelmarkt Ecke Wall-Str.

**Rex-Knoifer** Nickel ... Mk. 5.-  
mit Optal-Gläsern Gold-Double . 8.50

**Finger-Knoifer** Nickel ... Mk. 4.-  
mit Optal-Gläsern Gold-Double . 8.50

**Dieses Reisoglas**  
mit guter Optik leistet jedem gute  
Diensle, es ist bequem, ganz schwarz,  
mit Riemen und Futral Mk. 12.-  
worauf wir jetzt noch 25% gewähren.  
Für jedes von mir bezogene Fern-  
glas übernehme ich eine schriftliche  
Garantie auf 5 Jahre.

**Ortho-Knoifer** Nickel ... Mk. 4.50  
mit Optal-Gläsern Gold-Double . 8.50

**Hornbrillen** M. 5.- Schildpatt M. 7.-

Gewerkschaftliches.

Das Holzarbeiter-Verbandshaus.

In die Reihe der Organisationen, die über ein eigenes Verbandshaus verfügen, ist vor kurzer Zeit auch der Holzarbeiterverband eingetreten. Am Köllnischen Park in Berlin neben dem Gebäude der Landesversicherungs-Anstalt erhebt sich das Haus der Holzarbeiter. Sein Ziegelrohbau paßt sich den umgebenden öffentlichen Gebäuden an. Der Stil allerdings hebt sich bedeutend von diesen ab und ist dem Berliner Mietshausstyp angenähert. Der Architekt war gezwungen, der Front mehrere Reihen von vorgebauten Loggien anzulieben, weil das Haus aus Gründen, die später erörtert werden sollen, auch Privatwohnungen mit ihren von den Mietern nun einmal verlangten Einrichtungen enthält.

Als der Verband sehr zeitig in Kassel gegründet und sein Sitz nach Stuttgart verlegt wurde, kam die Zentralleitung mit einem Zimmer aus. Das änderte sich mit den Fortschritten der Organisation. Umzug auf Umzug erfolgte, und jeder Umzug wurde schwieriger. Dem mit dem Wachstum des Verbandes häuften sich das Material, das beim Umzug eingepackt, ausgepackt, neu geordnet und untergebracht werden mußte. Als dann der große Umzug von Stuttgart nach Berlin erfolgte, wurde es dem Vorstand klar, daß dies nur der letzte sein könnte! Es blieb nur übrig, ein Haus zu kaufen oder zu bauen, und zwar so groß, daß es möglich war, dem Zentralvorstand und allen seinen Verwaltungsabteilungen unbedingt und für immer ein Heim zu bieten. Neben den Verwaltungsräumen mußte auch für solche gesorgt werden, welche die Unterbringung eines Druckereiuunternehmens ermöglichen. Zum Umzugsgut des Verbandes gehört nämlich auch eine große Rotationsmaschine, die eine eigenartige Geschichte hat und die Keimzelle einer Verlagsanstalt des Holzarbeiterverbandes geworden ist. Als der Firma Dieb in Stuttgart bei Gründung des Verbandes der Druck der „Holzarbeiter-Zeitung“ übertragen werden sollte, fragte sich der Genosse Dieb Sorgenvoll hinter die Ohren und fragte u. a. auch den Genossen W e b e l um seine Meinung, wie er sich zu der Sache stellen solle. Genosse W e b e l wird ja von unseren Gegnern gern als ein schlechter Prophet hingestellt; er erwies sich aber hier wie in anderen Dingen als ein außerordentlich treffsicherer Beurteiler, der eine jahrzehntelange Entwicklung mit Sicherheit vorausjah. Er meinte nämlich, der Holzarbeiterverband und sein Organ würden doch einmal mit zwingender Notwendigkeit nach Berlin übersiedeln. Das bestimmte den Genossen Dieb, bei Uebernahme des Druckauftrages die Stellung der Rotationsmaschine vom Auftraggeber, also dem Holzarbeiterverband selbst, zur Bedingung zu machen. Diese Rotationsmaschine siedelte dann aus der Diebischen in die Vorwärtsdruckerei über. Jetzt hat sie einen Ehrenplatz im Parterre des neuen Verbandshauses am Köllnischen Park erhalten!

Am Sonntag wurde das neue Gebäude einem Kreise von Gewerkschafts- und Parteifunktionären gezeigt, die sich zu diesem Zwecke im Arbeitslohnlokal zusammenfanden, von wo aus der Weg durch alle Räume angetreten wurde. Genosse W e b e l empfing die Gäste des Verbandes mit einer herzlichlichen Ansprache, in der er die Freude des Holzarbeiterverbandes schilderte, ein solches Werk vollendet zu sehen. Er wies darauf hin, daß eigentlich die Holzarbeiter, historisch betrachtet, ihr Haus an gar keiner anderen Stelle bauen dürften. Hier hausten vor Jahrhunderten die königlichen Holzhändler, die später durch private Händler abgelöst wurden, deren Mietenlager sich noch im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts bis an die Spree hinzogen. Kümmerliche Reste dieses Holzhandels finden sich in der Rungestraße noch jetzt. Dann schilderte er die Mißstände, welche die vielen Umzüge für den Verband mit sich brachten und zeigte die Notwendigkeit, ein Haus zu bauen, in das die Organisation hineinwachsen könne. So entstand das Gebäude, das im ersten und im vierten Stock Büroräume, im zweiten und dritten ober Wohnungen beherbergt, die später einmal Verbandszwecken nutzbar gemacht

werden können. Dem Architekten war damit keine leichte Aufgabe gestellt, die dennoch befriedigend gelöst ist und die auch die eigentümliche Fassadendurchführung erklärt. Prinzip war: Alles vom solidesten Material; kein Brunn, aber auch kein Schwindelbau! Die Mietwohnungen mußten natürlich aus Rentabilitätsgründen den modernen Komfort bieten.

Die Räume der Berliner Ortsverwaltung im ersten Stock sind wie die auch des Hauptvorstandes im vierten hoch, hell und luftig. Die Büromöbel und Einrichtungen sind die üblichen und aus anderen Gewerkschaftsbureaus bekannten. Das Prinzip, das für den ganzen Bau gilt, ist auch in den Einzelräumen durchgeführt. Ein einziger Raum im ganzen Gebäude steht davon ab: der Sitzungsaal des Hauptvorstandes. Hier wird dem Besucher vor Augen geführt, daß er sich in der Zentrale der Holzarbeiterbewegung befindet. Hohe Fenster erheben einen Saal, der von oben bis unten mit Holz getäfelte ist. Fußboden, Decke, jedes Möbel bieten ein Bild von dem, was unsere moderne Holzindustrie zu leisten vermag. Und im Lichte der gewaltigen Krone, die von der Decke herabhängt, muß dieser Raum geradezu überwältigend wirken. Dabei ist, unserem modernen Geschmack entsprechend, zwar kostbares und vorbildlich verarbeitetes Material verwendet, aber jede Pröberei vermieden. „In solchem Räume“, meinte Emil Döblin, der Vorsitzende der Buchdrucker, „ist es kein Kunststück, vernünftige Beschlüsse zu fassen.“

Alles in allem waren die Besucher durch das Gesehene hoch befriedigt und schieden mit dem Wunsche, daß der Holzarbeiterverband das neue Haus bald bis in den letzten Winkel selbst ausfüllen möge.

Berlin und Umgegend.

Ein Streikbrecheragent, wie er im Buche steht.

Zu der am 22. d. M. im „Vorwärts“ gebrachten Notiz über das Anwerben von Streikbrechern für Petersburg (Steindrucker und Lithographen) ist noch nachzutragen, daß der Mann, der sich dazu hergibt, sich seiner unethischen Handlungsweise wohl bewußt ist, da er dies unter dem Namen Klein tut, während er in Wirklichkeit der Steindrucker Kusche, Dyhener Str. 14, ist. Im übrigen machen die Petersburger Druckereibesitzer in dem M. eine feine Akquisition. Derselbe hat kurz vor seiner Abreise noch den Manifestationseid leisten müssen und verläßt Schulden halber Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Hamburger Werftarbeiterstreik.

In den letzten Tagen haben verschiedene am Streik beteiligte und interessierte Gewerkschaften in Vertrauensmänner- oder Mitgliederversammlungen Stellung zur Streiksituation und zum Verhalten der Verbandsleitungen genommen.

Die Versammlung der Schmiede und Kesselschmiede verurteilte die Haltung des Zentralvorstandes. Es kam die Meinung zum Ausdruck: Die Werftarbeiter dürften den Wertgewaltigen nicht ausgeliefert werden. Eine Resolution, die den Werftarbeitern die Sympathie der Versammlung ausdrückt und vom Vorstand erwartet, daß er die Bewegung sanktioniert, wurde angenommen. Der Erhebung von Extrabeiträgen in Höhe von 1 M. bis 4 M. pro Woche wurde zugestimmt.

In einer Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes legte ein Vertreter des Vorstandes die Gründe dar, die maßgebend für die Stellung der Organisationsleitung waren. Nach langer Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Delegiertenversammlung sämtlicher Branchen des Holzarbeiterverbandes, Zehnhäuser Hamburg, bedauert aufs lebhafteste die fatalenmüßigen Arbeitseinstellung auf den Werften. Es kann aber unserer Kollegenchaft kein Vorwurf gemacht werden, da für dieselben nach Lage der Dinge die Weiterarbeit unmöglich war. Die Versammlung bedauert den Standpunkt der Hauptvorstände der beteiligten Gewerkschaften, durch welchen die Streikenden den Wertgewaltigen auf Gnade oder Ungnade überliefert sind. Sie fordern den Hauptvorstand dringend auf, unerbittlich seine Genehmigung zum Streik zu geben und den Streikenden die fatalenmäßige Unterstützung zu geben.“ Einen Antrag der Ortsverwaltung zur Ausbringung von Mitteln zur Unterstützung der Streikenden lehnten die Delegierten ab.

Die Former- und Siebereiarbeiter nahmen ebenfalls zu dem Streik der Werftarbeiter Stellung. Die Haltung der Zentralvorstände wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Eine Sympathieresolution wurde angenommen. In ihr heißt es: Die Versammlung fordert die gesamte Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle Hamburg auf, dafür einzutreten, daß dem Hauptvorstand das Verfügungsrecht über unsere Kassa abgesprochen wird und die Kassa in das Interesse der Werftarbeiter in Anspruch genommen wird. — Ein Extrabeitrag von 50 Pf. bis 2 M. pro Woche wurde angenommen.

Die Graveure, Ziseleure, Gold- und Silber- schmie die nahmen in ihrer Versammlung eine andere Stellung ein. Sowohl das Verhalten der Werftarbeiter als das der Vorstände wurde kritisiert. In einer Resolution heißt es: Die Versammelten erklären in der am 14. Juni erfolgten Arbeitsniederlegung einen großen Erfolg gegen das Verbandsstatut und befürchten bei Wiederholung derartiger Angelegenheiten eine schwere Schädigung der Arbeiterorganisationen. — Um aber die Situation nicht noch zu verschlimmern und die Fortentwicklung des Verbandes nicht noch weiter zu gefährden, erklären sich die Versammlung mit den freiwilligen Extrabeiträgen einverstanden. Die Beiträge wurden auf 50 Pf. bis 3 M., je nach der Höhe des Verdienstes, festgesetzt.

Eine Versammlung der Schiffszimmerer beschloß einen Extrabeitrag von 1,50 M., den die arbeitenden Kollegen während des Streiks allwöchentlich zu leisten haben.

Die Befürchtung, daß am Montag ein größerer Zug von Streikbrechern zu erwarten sei, war vorläufig unnötig. Diejenigen, die noch keine Unterstützung zu bekommen haben, sind zum großen Teil abgereist oder sie warten auf die Entscheidung der außerordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes. Die Selben versuchen, Streikbrecher heranzuschaffen. Kennenstwertien Erfolg haben aber auch sie nicht zu verzeichnen. Ein Agent der Selben versucht, in Wilsdorf a. d. L. Streikbrecher für die Vulkanwerft zu werben. Die verschiedenen Gruppen des Metallarbeiterverbandes haben jetzt sämtlich die Erhebung eines Extrabeitrages beschlossen. Der Bund der Techniker ermahnt in einem Zirkular seine Mitglieder, sich nicht zu Streikbrecherarbeiten herzugeben und Arbeiten, die sie bisher nicht verrichtet haben, nicht zu übernehmen. Trotzdem haben sich verschiedene Techniker und Beamte des Reklamationsbureaus der Vulkanwerft freiwillig zu Streikbrecherarbeiten hergegeben. Wie sich die Bundesleitung zu diesen Tatsachen stellt, muß abgewartet werden. Es müßte den im Bunde organisierten Technikern doch möglich sein, ihre Mitglieder von solchem Verrat der Streikenden zurückzuhalten.

Der Streikbrecher als Straßenvandal.

In Waldenburg i. Schl. wurde am Freitag der Schlosser Hoffmann vom Schraubstock weg verhaftet, weil er im Verdacht des Straßenvandalen stand. Er hatte vor einigen Tagen einen Bergmann entfallen und ihm seinen ganzen Wochenslohn im Betrage von 28 M. entzogen. Hoffmann hat die Tat eingestanden. Der Straßenvandal war vor vier Wochen noch eines der nützlichen Elemente, die beim Metallarbeiterstreik in der Wilsdorferstraße zu Altwasser den Streikbrecher machten und andere mit großem Eifer zum Streikführer zu verleiten suchten.

Erfolgreicher Streik in der Palmfabrik von H. Schindler u. Co. in Wilhelmshagen.

Seit dem 2. Juli streikten die Arbeiter der Firma. Diese lehnte eine Verkürzung der Arbeitszeit ab; sie wollte den Stundenlohn in den Jahren 1914 und 1915 um je einen halben Pfennig (!) erhöhen. Der energisch durchgeführte Streik trotz die Firma um so mehr, als „Palma“, „Palmona“ und andere Speiseöle besonders in Arbeiterkreisen konsumiert werden. In erneuten Verhandlungen, die zwischen der Firma und den Vertretern der Gewerkschaft und dem Arbeiterausschuß stattfanden, wurde eine Einigung erzielt. Der Stundenlohn wird sofort um 1 Pf. und vom Januar 1915 um einen weiteren Pfennig erhöht. Die Arbeiter erhalten jetzt 50 1/2 bis 52 1/2 Pf. pro Stunde. Die Schichtlöhne und Wochenslöhne sind ebenfalls entsprechend erhöht, ebenso wurden die Löhne der Arbeiterinnen um 1 Pf. aufgebessert. Der garantierte Mindestlohn für Akkordarbeiterinnen wird auf 2,40 M. pro Tag erhöht. Die etwa 100 während der Bewegung eingestellten Arbeiter werden entlassen und die ausständigen Arbeiter nehmen ihre alten Plätze wieder ein. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ließ sich nicht erreichen. Die Arbeitszeit beträgt bisher 56 Stunden in der Woche.

Kleines feuilleton.

Die anständige Firma. Der Prozeß der Kruppischen Kornwalze hat schon jetzt ein Ergebnis gezeigt, das ein Demokrat mit inniger Freude als Bestätigung seiner Weltanschauung von der Gleichheit aller Menschen in sich verarbeitet darf. Ob es sich um die Personlichkeiten der größten und mächtigsten Industriefirma Deutschlands oder um die leichtesten Geschäftsleute des armeligsten Animerlokales handelt — es heißt dieselbe Geschichte.

Herr Brandt bezog, wie man weiß, auf seinem Berliner Krupp-Posten ansehnliche Repräsentationsgelder. Diese hatten natürlich nur den Zweck, die Leistungsfähigkeit der Firma unter die Berliner Massen zu bringen. Krupp lebt (von Nordwestwegen) und läßt leben (von Wein, Theaterbillets, Geschenken und Darlehen!) Also kniet Herr Brandt, schleppte seine Fremde ins Puppchen oder Autolischen und pumpte ihnen; freilich beschränkte er seine repräsentative Volkspromaganda für Krupp auf Leute, die auf irgend eine Weise mit der Verzierungen vergebenden Militärverwaltung zusammenhängen. Die geistvollen Gespräche aber, die beim Glase Wein in den Zwischenpausen von Vorstellungen oder bei der Abwicklung von Darlehensgeschäften geführt wurden, zeichnete er sorgsam auf, bereuigte sie in Maschinenchrift und sandte diese gesammelten Brandtsgespräche mit „Jugendnarrante“ namenlos in regelmäßiger Folge in die Kruppischen Geheimdruckerei nach Essen; so entstand ein literarisches Recht, in dem die bedeutenden geistigen Regungen von Feuerwerkern, Intendantensekretären und Jugendnarranten preußischer Nation aufbewahrt wurden. Man nannte aber diese Urkunden der Krupp-Intellektuellen — Kornwalzen.

Indessen nicht allen Menschen geht der Geist leicht ab. Es bedarf mitunter alkoholischer Nachhilfe, um die innere Gedankenwelt über die Jungs zu treiben. Und so mußte der arme Brandt zuweilen mit den Helfern und Gönnern der Firma Krupp umhüpfen, geradezu repräsentativ laufen, wenn er die Kornwalzenproduktion regelmäßig und reichlich fortsetzen wollte. Danach kamen denn auch bei ihm gewisse Reaktionserscheinungen, und in einem Augenblick solcher Reaktionsklärung sagte er wohl einem der Krupp-Direktoren: er müsse so viel trinken und habe nichts von seinem Leben und er wolle doch ein anständiger Mensch bleiben. Der Direktor aber brauchte, mit der Bligkneulen, alle Strospargraphen zugleich im Fluge überbauenden Erkenntnisstärke der Unternehmerrintelligenz gegen den unglücklichen Repräsentationsdrinker auf: „Tun Sie denn was Unanständiges? Wenn das mindeste passiert, sind Sie für und erledigt; merken Sie sich das!“

Eine in der Tat demokratisch erscheinende Antwort! Jener Subdirektor Krupps hat genau dasselbe Verteidigungsmittel gegen alle möglichen Unfälle angewandt, die der Inhaber des Beinlokal mit stillen Redebäumen, der mit seinen unbezahlten Kellnerinnen den tugendhaften Vertrag schließt: daß sie aufs strengste, bei Vermählung

sofortiger Entlassung, angewiesen seien, sich jeden Anmierens zu enthalten und keinerlei Unanständigkeit zu dulden oder zu begehen. . . Auch die gefällige aber leuere Wirtin, die ihre Zimmer an Mädchen auf Tage, Stunden und Minuten vermietet, pflegt ihren Schlafgängerinnen zu sagen: Herrenbesuch dulde ich nicht, sonst müssen Sie sofort raus.

Rein, es ist alles in Ordnung und alles kann gut geschworen werden. Es wird überall auf die gleiche Weise für ein unantastbar gutes Gewissen gesorgt. Die Firma ist grundsätzlich abergläubig, und nichts kann sie in dieser Ueberzeugung erschüttern, daß nicht das mindeste passiert, und wenn der Kruppall demnach in die Kornwalzen des abnungelosen Anstandes hineinplatzt, so verschränkt die Firma die Arme und ruft mit dem entristeten Pathos eines schmählich Verrotteten und gänzlich aus den Wollen Gefallenen: Haben wir Ihnen nicht gesagt, wenn das mindeste passiert! . . . Wir sind eine anständige Firma, Ehrensache!

Landwirtschaft in der Volkshule. Aus Düsseldorf wird einer Korrespondenz geschrieben: Interessant ist es, was in diesen Tagen die Dorfgemeinde Neuwert im Mönchen-Glabbacher Industriegebiet in vorbildlicher Arbeit durch Schaffung einer Gartenbauhule für die oberen Klassen ihrer Volkshule geleistet hat. Die Schule, die auf den Namen des Grafen Häsel getauft wurde, will die zukünftigen Bürger, deren viele als Arbeiter der Industrie zuwandern, zur Erziehung eines eigenen Geistes, zu Gartenarbeit und Kleinviehzucht anregen und anleiten. Auf diese Weise arbeitet sie zugleich auch der völligen Industrialisierung ihres Gebietes, das heute noch teilweise landwirtschaftlich ist, glänzlich entgegen; und wie notwendig dieser Widerstand ist, zeigt gerade dieses Gebiet mit dem durch Fabrikabwässer verpesteten, zu einer Landplage gewordenen Fläschung Ried.

Die Schule gibt im Winter und bei schlechtem Wetter theoretischen Unterricht oder die Unterweisung in der Viehhaltung in den dafür eingerichteten Ställen für Ziegen, Schweine, Kaninchen und Hühner. In dem von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Gartengelände sind zunächst fünf 600 Quadratmeter große Schulgärten abgeteilt worden. Jedes der größeren Schulsysteme erhält so einen eigenen Garten, dessen eine Hälfte den Anaben, dessen andere den Mädchen zufällt. Ein größerer Teil des Geländes wird für Obstkultur zurückgehalten, auf einem andern Stück werden Muttergärten in verschiedenen Größen angelegt; hier sollen in freien Stunden die Anaben besonders ausgebildet werden, die lebhaftere Aufmerksamkeit und stärkere Begabung zeigen. Durch besondere Vorkehrungen soll dafür gesorgt werden, daß auch die schulentlassene Jugend sorgfältig werden kann. Ferner ist für die Mädchen eine Haushaltungsschule angegliedert worden, in der ein Teil der Obst- und Gemüseerzeugnisse verwertet wird.

Dieses Experiment wird zweifellos unternommen, um der sogenannten Landflucht entgegenzuwirken und den Industriearbeiter

als keinen Besitzer sehnhaft zu machen. Die Gemeinde Neuwert hat in der Tat die Absicht, 100 Morgen Bruchland als Arbeiter-siedelung auszubauen. Wenn aber auch der nächste Zweck, der mit dieser Schulreform erstrebt wird, ein agrarisch-reaktionärer sein mag, der Grundgedanke ist doch sozialistisch. Unser Ziel: die Schule dem Leben dienstbar zu machen und die Arbeit in die Schule als Erziehungs- und Unterrichtsmittel einzuführen, ist hier übernommen und einseitig ausgenützt worden. Sozialistische Gedanken werden hier also zunächst in einer entsetzten Form Wirklichkeit.

Eine Wallfahrtskirche gefällig? Eine ebenso seltene als seltsame Kaufgelegenheit bietet sich, wie der „Frankf. Jtg.“ gefahren wird, Interessenten am 12. August in Ramsach bei Matternberg im tirolischen Unterland. Laut Bekanntmachung des Bezirksgerichts Mittenberg gelangt an diesem Tage die Wallfahrtskirche zu unserer lieben Frau auf dem sogenannten Hilariberg bei Ramsach mit allen Nebengebäuden, der Kapelle, dem Marienhospiz, Gärten, Wiesen und Weideland im Wege der gerichtlichen Versteigerung zum Verkauf. Ebenso wird auch das gesamte Zubehör an Kircheneinrichtungen, Paramenten, Kirchengewändern, Altären, Bildern, Glocken, Kreuzwegstationen usw. an den Reizbietenden veräußert. Als Schuldner erscheint in der amtlichen Kundmachung des Bezirksgerichts von Matternberg der Abt der Wallfahrtskirche P. Gerzabel, als Gläubigerin ist die Preshburger Bank in Preshburg eingetragen. Die uralte Wallfahrtskirche auf dem Hilariberg, vor vielen Jahrhunderten von den Herten von Nichtensturn erbaut, war einmal eine Einsiedelei. Später zum Gnadenort erhoben, war sie das Ziel vieler Wallfahrten aus ganz Tirol. Ueber die Ursachen der jetzigen finanziellen Bedrängnis ist in der Öffentlichkeit nichts bekannt.

Vielleicht bildet sich eine internationale Aktiengesellschaft zum Betriebe des Unternehmens (Religion der Aktionäre natürlich Neben-sache). Oder hält das Kapital so fromme Sachen nicht mehr für anlagewürdig?

Notizen.

— Prof. August Wassermann ist zum Direktor des Instituts für experimentelle Therapie in Dahlen ernannt worden. Wassermann ist hauptsächlich durch die nach ihm benannte Reaktion bekannt geworden, auf Grund deren selbstgeheilt werden kann, ob eine Syphilis geheilt ist.

— Der konfiszierete Kolkoj. Die Staatsanwaltschaft in Spalato (Dalmatien) hat Kolkojs Schrift über die Bauernunruhen konfiszirt, was das Verbot für ganz Oesterreich bedeutet. Nach dem Vorbild des russischen Obersten Gerichts dürfte doch die österreichische Zensur nicht zurückbleiben!

— Ein konfiszierter Roman. Der Roman des katholischen Pfarrers Hans Kirchsteiger „Wie lautet das sechste Gebot“ wurde in Wien vom Staatsanwalt konfiszirt.

# Das Massenstreikproblem.

Genosse Kautsky legt dann in Nr. 42 der „Neuen Zeit“ seine eigene Auffassung über das Massenstreikproblem dar. Er schreibt:

## I.

Der jüngste belgische Massenstreik sowie der Abschluß des preussischen Landtagswahlkampfes haben die Frage des Massenstreiks bei uns wieder in Fluß gebracht. Aber in recht eigentlicher Weise. Man diskutiert ihn nicht etwa, weil man glaubt, nun sei der Moment gekommen, wo er uns den Sieg verschaffe, sondern deshalb, weil man vermeint, wir können nicht vorwärts, und weil man kein anderes Mittel weiß, den Wahlrechtskampf fortzuführen. Man wendet sich ihm zu nicht aus Siegesglaubhaft, sondern aus Verzweiflung.

Nach schlimmer aber ist es, daß sich bei der Diskussion die größten Meinungsverschiedenheiten über den Massenstreik ergeben. Und die Meinungen sind nicht etwa bloß in der Weise geteilt, daß man sich für oder wider den Massenstreik ausspricht. Es bestehen vielmehr die verschiedenartigsten Anschauungen. Die eine Richtung propagiert den Massenstreik nach dem letzten belgischen, eine andere nach russischem Muster. Eine dritte erklärt, weder ein belgischer noch ein russischer sei bei uns möglich, damit aber auch jede Möglichkeit eines Massenstreiks für uns ausgeschlossen. Die vierte Richtung endlich stimmt der dritten darin zu, daß ein Massenstreik in der Art der beiden Muster bei uns nicht mehr möglich sei. Sie schließt daraus indes nicht, daß damit jede Aussicht auf einen siegreichen Massenstreik in Deutschland ausgeschlossen sei, sondern nur, daß er hier eine besonderen Bedingungen habe, die zurzeit wohl nicht gegeben seien, deren Eintreten aber keineswegs unmöglich, sondern sehr wohl zu erwarten sei und vielleicht schon in kurzer Zeit durch gewaltige Ereignisse herbeigeführt werden könne.

Die Richtung, die man die belgische nennen kann, will einen oder mehrere Demonstrationstreiks, die ebenso friedlich enden, wie sie begannen. Zu einem derartigen friedlichen Ausgang gehört nicht bloß eine strenge Disziplin der Teilnehmer, sondern auch eine wohlwollende Neutralität der Unternehmer. Es liegt durchaus kein Widerspruch darin, sondern ist sehr logisch, wenn die Idee eines solchen Streiks gerade von Genossen verfochten wird, die in höherem Grade als die Mehrheit der Partei zu den Liberalen mehr Vertrauen haben.

Wir müssen in Deutschland darauf gefaßt sein, daß eine allgemeine Arbeitsruhe auf die entscheidendste Gegnerschaft sämtlicher Unternehmer stößt, auch der Liberalen unter ihnen; daß sie den Demonstrationstreik mit ausgedehnten Ausperrungen beantwortet, die entweder die Massen der Gewerkschaften leeren und mehr deprimierend als anfeuernd wirken, also den Zweck des Demonstrationstreiks in sein Gegenteil verwandeln, oder stürmische Protestaktionen herbeiführen, die den friedlichen Demonstrationstreik über Nacht in einen gewaltigen Kampfstreik verwandeln, der ausgefochten wird, bis der eine oder der andere Teil der Kampfbereiten zu Boden liegt.

Daß dem so ist, gibt die andere Richtung zu, die wir die russische nennen wollen. Aber das ist für sie kein Grund, nicht nach einem solchen Demonstrationstreik zu drängen. Im Gegenteil, gerade weil er den Kampfstreik in seinem Schoße birgt, verlangt sie ihn. Die Frage aber, ob wir zurzeit die Kraft haben, ihn siegreich auszuführen, weißt sie mit verächtlicher Handbewegung als bürgerliche Krämerei von sich ab. Nur einmal anfangen, und die unorganisierten Massen, die nie versagen, werden schon kommen. Und wenn wir auch niedergeschlagen werden, und die Organisation zum Teufel geht, was liegt daran? Um so größer die Erschütterung der Massen, um so rascher werden sie den Streik wiederholen, immer und immer wieder, wie es in Rußland 1905 der Fall war, bis der Sieg erreicht ist.

Das ist die „friedlich-friedliche Parole“ dieser Richtung. Nun sind, wie schon gesagt, die russischen Verhältnisse mit den unseren nicht zu vergleichen. Die russischen Arbeiter sind völlig rechtlos, der Streik ist für sie die einzige mögliche Art der korporativen Betätigung. Was immer sie bewegt, es äußert sich in einem Streik. Dabei sind sie die bedürftigsten der europäischen Arbeiter, können ohne Erwerb und Unterstützung länger aushalten als irgendeine andere Arbeiterschaft des kapitalistischen Europa.

Und überdies waren die Ereignisse von 1905 von der außerordentlichsten Art. Eine Reihe zusammenstürzender Regierungen im Laufe der Regierung bei den Massen zu einem Gegenstand von Haß und Verachtung gemacht. Die Möglichkeit erkand, endlich die Bedingungen menschenwürdigen Lebens zu gewinnen, das unerträgliche Joch abzuschütteln. Die Arbeiter wurden angefeuert, ihre Forderungen einzusetzen, weil sie erwarteten, eine Welt zu gewinnen. Dabei wurde ihr Kampf in dem allgemeinen Zusammenbruch erleichtert dadurch, daß vielfach die Unternehmer die Löhne während des Streiks weiterzahlten, teils aus Sympathie mit den politischen Freiheitsbestrebungen der Arbeiter, in weit höherem Grade aber noch aus Angst vor ihrer Macht.

Trotz alledem mußte schließlich die chronische Streikerei auch hier versagen. Sie reichte aus, die Freiheit zu erobern. Sie versagte, als es galt, die Freiheit zu verteidigen. Das ewige Streifen hatte das Proletariat so erschöpft, daß es der Gegenrevolution nicht mehr ausreichenden Widerstand entgegenzusetzen vermochte. Und seitdem bis heute ist es in Rußland still geworden vom chronischen Massenstreik, obwohl dort keine zentralisierte Massenorganisation die nie versagende unorganisierte Masse hemmt.

Für Westeuropa mit großen zentralisierten Massenorganisationen und für nicht revolutionäre Zeiten ist die Idee des chronischen Massenstreiks einfach absurd. Da konzentriert sich der Kampf nicht auf einen einzigen großen entscheidenden Akt. So wenig kann das russische Beispiel als Schablone für Westeuropa dienen, daß sich seine Vertreter bei uns selbst nicht streng daran halten können. In Rußland entsprangen die Massenstreiks der spontanen Erregung der Volksmassen, die durch den militärischen Zusammenbruch des Zarenismus ausgelöst wurde. In dieser Spontanität, die durch ein gewaltiges Ereignis hervorgerufen wurde, das auch den indifferentesten, zurückgebliebenen Mann im Volke aufrütteln mußte, lag die siegreiche Kraft jener Streiks.

Unsere „Russen“ hier erkennen an, daß die Spontanität der Erregung Vorbedingung eines siegreichen Massenstreiks sei. Aber sie sehen in den deutschen Massen keine derartige gewaltige Erregung; darauf zu warten, bis historische Ereignisse, wie in Rußland, die Massen aufwecken, ist ihnen aber zu langweilig. Sie verlangen die spontane Erregung möglichst bald, und da sie nicht kommen will, fordern sie kategorisch von der Partei, sie soll diese Spontanität durch eine „Lühne Initiative“ künstlich schaffen, und zwar sofort.

Wodurch soll dies aber erreicht werden? Durch nichts anderes als durch eine „Lühne Aktion“, das heißt durch den Massenstreik. Das sei das souveräne Mittel, die Massen zu erregen, daß sie uns begeistern folgen und den Massenstreik machen! Münchhausen, der sich an eigenen Poppe aus dem Sumpfe zieht.

Dieser Widerspruch erklärt sich daraus, daß hinter der marxistischen Erkenntnis, die Volksmassen würden nur durch große soziale Veränderungen bewegt, noch die Manuskriptische Putschtaktik lauert, daß es stets nur eine kleine Minderheit sei, die die Geschicke in der Weise macht, daß sie durch ihre Lühne Aktion die Volksmassen mit sich fortzieht, eine Taktik, die die deutsche Sozialdemokratie von ihren Anfängen an verworfen hat.

Wir brauchen nicht in die Vergangenheit zurückzugehen, um zu zeigen, wie oft jene Minderheiten in ihrem Vertrauen in die „nie versagende unorganisierte Masse“ bei ihren Putschen herein-gefallen sind. Aber wir haben in der jüngsten Vergangenheit ein Beispiel, das zeigt, daß selbst eine bedeutende organisierte Mehrheit, die dringende Bedürfnisse der Gesamtheit vertritt, bei sehr wohl überlegtem und vorbereitem Vorgehen nicht bloß von der unorganisierten Masse, sondern sogar von anderen, ökonomisch in ähnlicher Richtung wirkenden Organisationen im Stiche gelassen,

ja bekämpft werden kann, wenn sie den Versuch macht, sie durch ihr Vorgehen mit sich fortzureißen. Wir meinen den letzten Bergarbeiterstreik. Er hat deutlich gezeigt, daß wir uns auf keine andere Macht verlassen dürfen, als auf unsere eigenen Organisationen.

Kein Zweifel, die Mitwirkung der gegnerischen Organisationen und der unorganisierten Masse ist sehr wertvoll. Wir können nicht warten, bis wir den letzten Mann in unseren Organisationen drin haben. Aber mit der Mitwirkung der außerhalb unserer Organisationen stehenden Proletarier steht es sehr faul, wenn sie nicht spontanem Drängen dieser Elemente vor der Aktion entspringt, sondern wenn erst die Aktion den nötigen Spiritus in ihnen hervorrufen soll.

Einer Aktion der organisierten Proletarier, die mit leichter Mühe siegt, also die unorganisierten Elemente gar nicht braucht, könnte es wohl gelingen, diese mit sich fortzureißen. Eine Aktion, die auf hartnäckigen Widerstand stößt, vielleicht mit einer Niederlage bedroht ist, kann unmöglich geeignet sein, die Schwachen, die Feigen, die Unentschlossenen, also die Nichtorganisierten mit sich fortzureißen.

Nichts irriger als die Ansicht: Das Proletariat kann seine Kräfte nicht sammeln und seine Macht für den endgültigen Sieg nicht anders steigern, als indem es sich im Kampfe erprobt, mitten durch Niederlagen und alle Beschwerden, die ein Kampf mit sich bringt. Ein ausgefochtener großer Kampf, ganz gleich, ob er mit Sieg oder Niederlage endet, leitet in kurzer Zeit an Klassenauflösung und geschichtlicher Erfahrung mehr als Tausende von Propagandaschriften und Versammlungen in windstiller Zeit.

Diese Auffassung bedarf völlig mit der der Syndikalisten von der revolutionären Gymnastik, mit der sie es so herrlich weit gebracht haben.

Sie wird nicht richtig dadurch, daß man als andere Alternative die Taktik jener Vorsichtsmänner hinstellt, die sich nur dann zum Kampfe entschließen, wenn sie den Sieg in der Tasche haben.

Man kann nicht stets bloß dann kämpfen, wenn man den Sieg sicher ist — wo das der Fall, wird der Gegner meist freiwillig das Feld räumen. Aber niemals kämpft man bloß um zu kämpfen, gleichgültig, ob man siegt oder nicht, man kämpft um zu siegen, um ein bestimmtes Resultat zu erreichen. Das wäre ein sauberes Feldherr, dem es nur um den Kampf und nicht um den Sieg zu tun wäre. Man tritt in der Regel nur dann in einen Kampf ein, wenn man erwarten darf, zu siegen, und nur durch Siege, nie durch Niederlagen gewinnt ein Feldherr das Vertrauen seiner Truppen, gewinnt eine Partei das Vertrauen der Massen. Ein Feldherr, der sich verlor, läßt einen Kampf auf einem ihm ungunstigen Terrain aufzunehmen, gilt in der Kriegsgeschichte als Dummkopf, und wenn er der tapferste Mann wäre.

Daß der Kampf an sich belebend und kräftigend wirkt, einerlei ob er mit einem Sieg oder einer Niederlage endet, ist ein Grundgesetz nicht des Krieges, auch nicht des Krieges der Massen, sondern des Sports.

Nur unter ganz ausnahmsweisen Verhältnissen kann ein proletarischer Kampf auf jeden Fall, auch wenn es mit einer Niederlage endet, erhebend wirken. Das gilt einmal für Arbeiterkämpfe, die so herabgedrückt sind, daß sie nichts mehr zu verlieren haben. Massen die sich einmal zu einem Verzweiflungskampf auf, dann kann schon die bloße Tatsache, daß sie einmal nicht widerstandslos zusammenbrachen, und daß der einzelne sich nicht isoliert sieht, daß er sich vereint fühlt mit zahlreichen anderen Kämpfern, anfeuernd wirken, auch wenn der Kampf augenblicklich kein Resultat hat. Derartige Kämpfe sind unter russischen Verhältnissen noch häufig, nicht aber unter deutschen.

Anderswärts kann eine Arbeiterschaft, die schon Erfolge erzielt, die etwas an organisatorischer Macht oder politischen Rechten zu verlieren hat, gezwungen werden zu einem Kampfe, „ganz gleich, ob er mit Sieg oder Niederlage endet“, dann, wenn der Gegner versucht, ihr ihre Errungenschaften zu rauben. In diesem Falle wäre eine kampflöse Waffenruhe vor dem Feinde viel vernichtender, als es die vernichtendste Niederlage nach hartnäckiger Gegenwehr sein könnte. Auch im Kriege kann die entschlossene Verteidigung einer belagerten Festung bis zum letzten Mann, selbst wenn jede Aussicht auf Entsatz ausgeschlossen, der schließliche Fall der Position sicher ist, von großer Bedeutung werden. Das Beispiel Adrianopels und Stutarts wirkte auf die türkische Bevölkerung sicher erhebend.

Aber auch in solchen Fällen, wo man angegriffen ist und sich seiner Haut wehren muß, wird ein guter Feldherr nach einer Taktik suchen, die verspricht, zum Siege zu führen, und sich von jedem Abenteuer fernhalten.

So hat zum Beispiel die deutsche Sozialdemokratie nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes alle Anreize der Roste und Döselmänner zurückgewiesen, die von der Partei verlangten, sie solle mit energischen Erhebungen gegen dieses Attentat auf die Freiheit des Proletariats protestieren. Bei der Beratung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes 1890 bedauerte Haase, daß der Reichstag, das seine Kollegen die Taktik der russischen „Nihilisten“ ablehnten, und er erklärte, die Zeit des parlamentarischen Geschwätzes sei vorüber, die Zeit der Taten gekommen.

So wenig fand diese „Lühne Initiative“ ein Echo in den Massen, daß Haase wenige Wochen darauf Deutschland verließ, um in Amerika hurelos zu verschwinden.

Heute ist unsere Situation sicher eine andere. Weder sind die deutschen Arbeiter\* so herabgedrückt, daß sie gar nichts mehr an Rechten und organisatorischer Macht zu verlieren hätten, noch aber stehen im Momente Positionen in Gefahr, die sie erobert haben.

## Kritik an der Reichstagsfraktion.

Die Haltung der Reichstagsfraktion zur Wehr- und Bedungsvorlage war der Gegenstand der Erörterung in zwei Parteiversammlungen in Leipzig am 18. und 23. Juli. Lenck als Referent wies darauf hin, daß seit einiger Zeit in der Partei lebhaftere Debatten über die Taktik der Gesamt-partei im allgemeinen und der Reichstagsfraktion im besonderen gepflogen wurden. Der große Wahlsieg von 1912 habe Erwartungen erweckt, die um so grauamer enttäuscht wurden, je mehr sie sich auf parlamentarische Erfolge konzentrierten. Besonders ernüchternd habe der Ausfall der preussischen Landtagswahlen und dann die schnelle Annahme der Militärvorlage im Reichstage der 110 Sozialdemokraten gewirkt. Kamentisch die Annahme dieser Riesenvorlage habe in die Partei ein starkes Gefühl des Unbehagens hineingetragen und die Frage aufgeworfen, ob alles getan worden sei, den möglich größten Widerstand zu leisten. Der Fraktion sei besonders ihre Haltung vor der zweiten Lesung der Wehrevorlage vorgeworfen worden, als es sich darum handelte, ob die Fraktion die zweite Lesung der Wehrevorlage aus der Budgetkommission im Plenum zulassen sollte oder nicht. Das habe sie bekanntlich getan; und wie Lenck betonte, habe sie daran recht getan. Er begründete dies eingehend aus der Lage der damaligen Verhandlungen und der Haltung der bürgerlichen Parteien. Die ungleich wichtigere Frage sei aber, wie wir uns zu der endgültigen Abstimmung der Fraktion zu verhalten hätten. Die Ablehnung der Wehrevorlage habe sich von selbst verstanden, ebenso die der Stempelsteuer, Zuckersteuer, Aufhebung des Kriegsschapes usw. Den Wehrbeitrag und die Besitzsteuer aber habe die Fraktion angenommen. Die Erklärung des Genossen Haase zur Wahrung unserer prinzipiellen Haltung dem Militarismus gegenüber sei ja da ganz schön gewesen, noch schöner wäre es aber gewesen, wenn wir unseren prinzipiellen Standpunkt auch bei der Abstimmung gewahrt und besonders den Wehrbeitrag abgelehnt hätten, was ohne die geringste Gefährdung proletarischer Interessen hätte geschehen können und somit hätte geschehen müssen. Bei der Besitzsteuer sei es insofern anders gewesen, als hier die Konservativen dagegen stimmten und die Gefahr vorlag,

daß die Besitzsteuer fiel, wenn die Sozialdemokratie dagegen stimmte, und eine indirekte Steuer an ihre Stelle getreten wäre. Lenck erörterte dann die Stellung der Partei zu den Steuern und bemerkte, es sei nicht Aufgabe der Sozialdemokratie, dem Staate die Steuern zu bewilligen, die er zur Erhaltung seiner Bureaucratie, seines Heeres usw. braucht. Dem Staate Steuern zu bewilligen, lediglich weil sie Besitzsteuer oder Erbschaftsteuer ist, können wir nicht als richtig anerkennen. Wir verlangen Einkommen- und Vermögenssteuer als Ersatz für die indirekten Steuern. Nur dort, wo eine direkte eine indirekte Steuer ersetzt, können wir prinzipiell für sie stimmen, das heißt, wir können selbst dann für sie stimmen, wenn das Stimmresultat nicht von unseren Stimmen abhängt. Auf der anderen Seite können wir einer direkten Steuer nicht aus prinzipiellen, aber aus tatsächlichen Gründen zustimmen, wenn bei ihrer Ablehnung die Einführung einer indirekten Steuer droht. Das war der Fall bei der Besitzsteuer; deswegen war hier die Zustimmung der Fraktion durch die Zwangslage geboten. Nichts aber und gar nichts, auch die Erklärung Haases nicht, kann die Zustimmung zum Wehrbeitrag rechtfertigen. Hier hatte die Fraktion die volle Freiheit der Entscheidung. Die Annahme des Gesetzes stand fest, alle Parteien — mit Ausnahme der Polen — stimmten ihm zu. Wenn auch die Sozialdemokratie ihm zugestimmt hat, so halte ich diesen Schritt für verhängnisvoll und für einen schweren Fehler.

Darauf erörterte Lenck die Situation in der Partei. Der Parteivorstand mache gegenwärtig einen heftigen Säuberungsprozeß durch. Die Partei befinde sich in einem Stadium des Uebergangs. Der Imperialismus habe neue Probleme gestellt, die Gegenüber der Gesellschaft und zwischen den konkurrierenden Staaten außerordentlich verschärft; diese hätten einen Spannungsgrad erreicht, der ein Ausweichen nicht mehr ermöglichte. In dieser Situation erhebe sich aus der Masse der Genossen selber ganz spontan der Ruf nach dem Massenstreik. Das sei kennzeichnend für die politische Situation der Partei. Es spreche hier der Geist der Offensive und sein Erwachen sei die erfreulichste Erscheinung, die wir seit langem in der Partei gehabt. Dieser Geist erwache im selben Augenblick, da der Parlamentarismus als Waffe für das Proletariat an Schneidigkeit und Wucht zu verlieren beginne. Mit dem Anwachsen der Sozialdemokratie bilden die bürgerlichen Parteien im Parlament immer eine geschlossene Masse; da sei es nötig, daß die Kämpfe im Parlament immer mehr begleitet werden von der bewußten und entschiedenen Anteilnahme der Masse.

In der Diskussion sprach zunächst Schöpflin, der erklärte, nicht nur für die Besitzsteuer, sondern auch für den Wehrbeitrag gestimmt zu haben. Seit der Stenographischen Finanzreform im Jahre 1906 sei eine Änderung in der Haltung der Partei zu den Steuerfragen eingetreten, und zwar bei der Lantimesteuer, für die die Fraktion stimmte. Daraus habe sich keine Parteidiskussion geknüpft, wohl aber über die Haltung der Fraktion bei der Beratung der Erbschaftsteuer im Jahre 1909. Hier hätten Genossen wie Kautsky, Singer, Lebedour den alten Standpunkt vertreten: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Bei der diesjährigen Steuer-vorlage habe kein Parteiblat gefordert, die Fraktion solle den Wehrbeitrag ablehnen. Das sei auch erklärlich, denn im Manifest der französischen und deutschen Fraktion vom 1. März heiße es, die Sozialdemokratie hat, wenn sie neue Militärvorlagen nicht verhindern kann, dafür zu kämpfen, daß die Lasten für diese Vorlagen auf die Besitzenden abgewälzt werden. Soldatenmagen festgelegt, habe die Fraktion gar nicht anders gekonnt, als dem Wehrbeitrag zuzustimmen. Auf der einen Seite verlangten wir im Programm direkte Steuern, auf der anderen Seite heißt es: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Für ihn stehe fest, daß die Partei nicht dauernd in diesem Zustand bleiben könne. Die Entwicklung habe dazu geführt, für Mittel zu stimmen, die ausschließlich militärischen Zwecken dienen. Nachdem 1906 der erste Schritt getan war, glaube er, müsse die Partei noch weitere tun, da wir kommende Militärvorlagen nicht verhindern könnten.

Genosse Grenz machte der Parteipresse einschließlich der „Leipziger Volkszeitung“ den Vorwurf, daß sie in der kritischen Zeit vollständig versagt habe, soweit es sich um die radikalen Anschauungen handelte. Im Gegensatz zu Lenck sei er nicht der Meinung, daß der Revisionismus tot ist. Rangen Parteiorganisationen und manden Redakteure seien stärker im Raden als sie selbst annehmen; er stehe heute in manchen Köpfen, wo man ihn vor einigen Jahren noch nicht gesucht hätte. Von dem Verwendungszweck der Steuern (für militärische Zwecke) sei keine Rede mehr. Um über die Dinge hinwegzukommen, sänge man ein großes Lied vom Imperialismus und Massenstreik. Die Partei stehe vor einem Entweder—Oder. Entweder werde die Partei den Parlamentarismus weiter betätigen, dann müsse sie alle Konsequenzen tragen, oder aber sie werde etwas anderes tun.

In der zweiten Versammlung legte Genosse Bloß dar, daß die Fraktion für direkte Steuern stimmen würde, wenn damit indirekte verhütet würden. Das sei bei der Besitzsteuer der Fall gewesen. Für den Wehrbeitrag hätte sie auf keinen Fall stimmen dürfen, denn dieser belaste den Mittelstand, die Bauern usw. zu gunsten des Großgrundbesitzes. Zur Frage des Verwendungszweckes erklärte er: Wenn wir uns in unserer Zwangslage befinden, bewilligen wir für das Militär keinen Groschen. Wenn wir aber nur nach dem Verwendungszweck fragen, würden wir zu ganz unmöglichen Situationen kommen. Die Verwendung der Steuern für die Militärvorlage ist ein Übel; aber dieses Übel konnte die Fraktion nicht mehr verhindern. Es galt jetzt, das kleinere Übel zu wählen, und das war die Abwälzung der Lasten auf die Besitzenden. Danach ist die Fraktion verfahren, nur beim Wehrbeitrag nicht. Denn dieser hatte eine Mehrheit; es war nicht zu befürchten, daß hier indirekte Steuern drohten.

Genosse Lipinski wendet sich gegen die pessimistische Beurteilung der Lage der Partei. Der Revisionismus, wie ihn Schippel verkörperte, sei durch die Verschärfung der Klassengegensätze überbunden. Soweit er aber sein ganzes Augenmerk auf die Gegenwartsarbeit richte, sei er gestärkt. Es gelte darum, die Genossen mehr theoretisch zu schulen. Daß der Imperialismus eine neue Erscheinung sei, könne er nicht einsehen; schon 1892 habe ihn Kautsky in seinen Erklärungen zum Erfurter Programm behandelt. Durch das Auftreten neuer Schlagworte werde die Agitation nicht gefördert. Er legt dann dar, daß das Schlagwort: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen, zu einer Zeit gangbar war, als die Partei noch keinen ausschlaggebenden Faktor darstellte. Wir bekämpfen den Militarismus, aber wir können ihn nicht verhindern. Wir müssen deshalb danach streben, die Kosten dafür auf die Schultern der Besitzenden Klassen zu wälzen. Wie das geschehe, die Fraktion habe sich nicht zu wagen. Wie das geschehe, sei eine steuertechnische Frage. Im Programm sei kein Vorbehalt wegen des Verwendungszweckes. Die Fraktion habe vernünftig gehandelt, als sie dem Wehrbeitrag ihre Zustimmung nicht verweigerte.

Genosse Geher bebaut die Auslegung, die Lipinski dem Parteiprogramm gegeben; sie vertrage sich nicht mit diesem Geiste. Wenn man der bürgerlichen Gesellschaft Mittel bewilligen wolle, dürfe man das Recht dazu nicht aus dem Programm herleiten wollen, dann müsse man das Programm ändern. Es könne nicht gelugnet werden, die Fraktion habe Mittel bewilligt, die für den Militarismus verwendet werden. Von einer Zwangslage sei keine Rede gewesen. Wohl hätte die Ablehnung Konflikt gebracht, aber doch nur zwischen den bürgerlichen Parteien und zwischen diesen und der Regierung. Diese Konflikte hätten wir aber nicht zu scheuen, auch nicht eine eventuelle Reichstagsauflösung, bei der im Gegenteil die Partei eine äußerst günstige Stellung gehabt hätte. Aber manche Kreise der Partei scheuten einen solchen Konflikt in der Sorge um einige Mandate. Höher aber als diese Mandate stände doch unser Programm und die Möglichkeit der Aufklärung der Arbeitermassen bei einer Wahl. Es sei gesagt worden, die Massen hätten die Ablehnung einer Besitzsteuer durch die Fraktion und die dann erfolgende Einführung neuer indirekter Steuern nicht verstehen können. Da müßte es schlimm stehen um die Partei, nachdem sie so groß geworden und solche Mittel zur Verfügung hat wie ihre Presse. Den Kampf gegen die indirekten Steuern hätte die Partei ruhig aufnehmen können. Sollte man sagen:

Die neuen indirekten Steuern kamen nur, weil die Sozialdemokraten keine direkten Steuern wollten, so müsse man fragen: Würden denn die 100 Millionen neuer indirekter Steuern ein so großes Unglück gewesen sein? Die Lumperei mit der Vermögenszuwachssteuer bedeutet einen Pappenstiel gegenüber den 140 000 Mann, die man im selben Augenblick dem Volke aufhals. Es wäre eine ganz neue Taktik der Partei, sich nach der Stimmung der Masse zu richten. Unsere Aufgabe sei es, den Massen unsere grundsätzliche Haltung beizubringen. Diesmal sei der Opportunismus in der Fraktion ausfallend gewesen. Dieser Rechnungs-träger müßte ein Niegel vorgeschoben werden, denn er schädige die Partei und mache sie zum Geißel der Gegner. Die Bürgerlichen könnten heute sagen: Ihr könnt gegen den Militarismus sein; bewilligt nur die Mittel, das andere werden wir schon besorgen. Auf die Frage: Sollen wir der bürgerlichen Gesellschaft direkte Steuern bewilligen? sagen wir: Nein! Denn sonst bewilligen wir sie dem von uns bekämpften System und stellen uns in Widerspruch mit uns selbst. Den Grundsat: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen, mag man verlagern; ich unterstütze ihn. Wir bekämpfen das System und sollen es unterstützen? Da wären wir entweder verrückt oder wir wären Verräter. Wenn es einmal dahin käme, unter dem jetzigen Programm so zu handeln, dann würde es zu schweren Kämpfen innerhalb der Partei kommen. Das bürgerliche System zu schützen, darf die Partei niemals tun, sonst bleibt sie keine proletarische Partei mehr. In dem Augenblick, wo sie ihre Grundsatze aufgibt, werden die Kämpfe so heftig, daß die Gefahr besteht, daß aus der jetzigen proletarischen Partei eine neue proletarische Partei entsteht. (Stürmische Zustimmung.)

Genosse Müller ist der Meinung, die Verwirrung in der Steuerfrage rühre daher, daß man sie in erster Linie als eine taktische Frage auffasse. Das sei nicht nur die Schuld der Fraktion, sondern der ganzen Partei, die trotz der seit langem bestehenden Unklarheit, trotz eines Antrages Geber, die Steuerfrage auf einem Parteitage zu behandeln, die Entscheidung solange hinausgezogen habe. Es scheint fast, als ob man sich aus taktischen Gründen scheute, die Entscheidung zu beschleunigen.

In seinem Schlusswort betonte Lenß noch einmal, es habe für die Fraktion eine taktische Zwangslage bestanden; und lediglich dadurch sei mit Hilfe der Erklärung des Genossen Geber die Haltung der Fraktion zu verstehen. Bei dieser Gelegenheit könne man auch die Absurdität beobachten, die in der Forderung nach Abrüstung liegt. Denken wir uns, daß eine Abrüstungsvorlage, also eine Verweigerung des Heeres und der Marine, der jetzigen Heeresvorlage gegenüberstehe. Dann wäre also die Partei in die Lage gekommen, für eine solche Vorlage stimmen zu müssen, bloß um eine gefährlichere Vorlage, die der Heeresvermehrung zu verhindern. Die angestimmten Klagen über die Verjüngung der Partei seien unberechtigt. Wir haben keinen Anlaß, die Köpfe hängen zu lassen.

Eine Resolution lag den Versammlungen nicht vor. Die endgültige Stellungnahme zu den Fragen soll in den Versammlungen der Kreisvereine zum Parteitage erfolgen.

## Der württembergische Parteitag.

Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs wurde am Sonnabend und Sonntag in Stuttgart abgehalten. Es waren 406 Delegierte anwesend, außerdem die Mitglieder der Parteileitung sowie der Prekominmission und die Mehrzahl der Landtagsabgeordneten. Als Vertreter der Gesamtpartei war Genosse Schertl Berlin, als Vertreter der elsass-lothringischen Partei Genosse Hüder, Straßburg erschienen. Den Vorsitz führten Hildenbrand, Stuttgart und Götting.

Den Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit in den verflochtenen neun Monaten erstattete dessen Vorsitzender Hildenbrand. Das Wesentliche aus dem gedruckt vorliegenden Bericht ist schon mitgeteilt worden. Hildenbrand besprach die Taktik bei den Landtagswahlen und verteidigte den Landesvorstand gegen den von einigen Ortsvereinen erhobenen Vorwurf wegen des mit der Volkspartei getroffenen Abkommens, das sich auf fünf Wahlbezirke erstreckt. Die hierbei eingeschlagene Taktik habe der von der vorjährigen Landesversammlung gegebenen Direktive entsprochen, die dahin ging, nach Möglichkeit das Zustandekommen einer schwarzblauen Landtagsmehrheit zu verhindern. Der Landesvorstand habe überdies in voller Übereinstimmung mit den Vertrauensmännern des Landes gehandelt. Das Wahlabkommen habe leider den Erwartungen nicht entsprochen, aber der Landesvorstand habe nicht das Gefühl, daß er Vorwürfe verdiene. Auch die Abstimmung bei den Landesproporzwahlen befriedige nicht; unsere Wähler hätten in größerer Zahl zur Urne gebracht werden und die Partei hätte zwei weitere Mandate erobern können, die bei der jetzigen Zusammensetzung des Landtages von großem Wert wären. Der Redner streifte sodann die Agitation gegen die Nützlichkeitsvorlage, die leider, wie im übrigen Reich, nicht das gewünschte Echo fand. Er wies dann auf die Entwicklung der Organisation hin und betonte die Notwendigkeit, die Unorganisierten zu gewinnen, denn mit Organisierten können Massenaktionen erfolgreicher durchgeführt werden als mit Unorganisierten. Eingehend beschäftigte sich Hildenbrand mit den zwischen dem Landesvorstand und der Prekominmission entstandenen Konflikten. Es sei dem Landesvorstand zu verdanken, daß vor zwei Jahren die Prekominmission eingesetzt wurde. Aber man habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß die „Tagwacht“ Landesorgan sei und bleiben müsse. Die Prekominmission aber habe dauernd versucht, ihre Befugnisse auf Kosten des Landesvorstandes zu erweitern. Sie habe damit lediglich den Wünschen des radikalen Teiles der Stuttgarter Genossen gedient. Das Landesorgan solle aber nicht das Wort eines Teiles der Partei sein, sondern den verschiedenen Anschauungen innerhalb der Partei Rechnung tragen. Die Redaktion eines Parteiblattes dürfe sich auch nicht als Ober-Zensurbehörde betrachten, sondern habe die Aufgabe, die auf exponiertem Posten stehenden Genossen zu decken und die Aktionen der Partei zu unterstützen. Die „Tagwacht“ könne nicht drei Beschwerdeinstellungen brauchen. Nach dem geltenden Statut seien Beschwerden an den Landesvorstand, in zweiter Instanz an den Landesausschuß zu richten. Die Prekominmission habe bei der Anstellung der Redakteure und bei der Kontrolle der taktischen Haltung des Blattes mitzuwirken. Dies Recht sei ihr nicht bestritten worden. Auf die Einzelfälle, die zu Differenzen zwischen beiden Instanzen führten, könne ausführlich nicht eingegangen werden. Die Prekominmission solle nicht, wie sie behauptet, das fünfte Rad am Wagen sein, aber sie solle auch nicht dem Landesvorstand, der die Verantwortung für die Tätigkeit der Partei im Lande trage, diese Rolle zuweisen. Wenn auf allen Seiten die Reizung bestünde, sich zu verhandeln, so fände sich auch ein Weg.

Im Bericht des Geschäftsführers Vehr über die Parteipresse wird hervorgehoben, daß von den Landtagswählern erst 40 Proz. Leser unserer Presse sind. Besonders der Abonnentenstand in Stuttgart lasse viel zu wünschen übrig.

Den Bericht der Prekominmission erstattete Genossin Zeilin. Sie erklärte an, daß Hildenbrand sich um das Zustandekommen der Prekominmission bemüht habe. Aber bei der Belegung der Redaktion habe nicht nur der Landesvorstand, sondern beide Instanzen Entgegenkommen gezeigt. Die Prekominmission habe sich streng an ihre Befugnisse gehalten und die Rechte des Landesvorstandes anerkannt. Sache des Landesvorstandes wäre es gewesen, nach Einführung der Prekominmission eine entsprechende Veränderung der Statuten vorzubereiten. Der Landesvorstand, der seit Jahrzehnten allein die Aufsicht über die Presse geführt habe, könne sich nicht recht damit abfinden, daß die Prekominmission neben ihm amtiere. Die „Tagwacht“ habe sich bemüht, die Gegensätze von rechts und links auszugleichen. Wenn mancher Wunsch nach einer anderen Haltung im allgemeinen politischen Teil laut werde, so gebe es auch Genossen, die eine andere Haltung im württembergischen Teile wünschten. Aber ein Blatt müsse in

prinzipiellen Fragen einen einheitlichen Standpunkt vertreten. Die einzelnen Redakteure dürften nicht entgegengesetzte Anschauungen im Blatt vertreten.

Mit unbeschränkter Redezeit erhält dann Redakteur Crispian das Wort. Die von ihm vor einem Jahre in Stuttgart angeregte Stellung sei nicht die angenehmste gewesen. Nicht ganz falsch werde er sie ausgefüllt haben, denn keine Beschwerden und kein Mißtrauensbeschuß liege vor. Der Landesvorstand habe aber der Redaktion die Arbeit erschwert, indem er versucht habe, in der Frage der Heranziehung von Mitarbeitern Vorurteilen zu geben. Auch habe er bestimmte Artikel beanstandet und Urteile gefällt, ohne die Redaktion zu hören. Der Redner ging auf Einzelfälle ein und verteidigte dann die Stellungnahme der „Tagwacht“ zur Teilnahme der Fraktion an der Landtagsöffnung. Dann rechtfertigte Crispian die Haltung der „Tagwacht“ in einigen weiteren Fragen und versicherte, es sei immer rein sachlich gekämpft worden. Als offenkundig wurde, daß die Fraktion für die Besitzsteuern stimmen wollte, habe er allerdings erklärt, jetzt sei es Zeit, die Parteipresse auf den Damm zu rufen. Er habe den Erfolg zu verzeichnen, daß die „Tagwacht“ jetzt nicht mehr allein stehe. Jedenfalls lasse sich die Redaktion nicht die Flügel beschneiden und aus der „Tagwacht“ kein amtliches Kreisblatt des Landesvorstandes machen.

Am zweiten Verhandlungstag waren noch als Vertreter der bayerischen Landespartei der Genosse Maurer, München und als Vertreter der böhmisches Partei Genosse Gahn, Mannheim anwesend.

Die Debatte über die Presse wurde fortgesetzt. Redakteur Pflüger, der den württembergischen Teil der „Tagwacht“ redigiert, sprach gleichfalls mit unbeschränkter Redezeit. Er beklagte sich über Mangel an kollegialen Zusammenarbeiten in der Redaktion. Gegen den Artikel über die Landtagsöffnung habe er wegen der Form des Artikels Einwendungen erhoben. Wäre diesen Einwänden Rechnung getragen worden, so würde die nachfolgende Auseinandersetzung weniger heftig und umfangreich gewesen sein. Er habe dasselbe Reffortrecht für sich beansprucht, das die anderen Redakteure hatten, die ihn vor der Veröffentlichung wichtiger, die Parteitaktik berührender Artikel auch nicht fragten. Die Landesversammlung vor zwei Jahren habe eine einheitliche Redaktion gewünscht. Der Landesvorstand habe dann Konzeptionen gemacht. Das billige er. Er wünsche nur, daß man bei Meinungsverschiedenheiten auch mit ihm rede.

In der weiteren Diskussion traten die Redner teils für den Landesvorstand und gegen die Haltung der „Tagwacht“, teils für die Prekominmission und die „Tagwacht“-Taktik ein. Im ganzen verlief die Auseinandersetzung in sachlichen, ruhigen Tönen.

In den Schlussworten der Referenten wurden die Differenzen noch einmal eingehend besprochen. Hildenbrand wandte sich besonders scharf gegen Crispian. Fast eine Stunde dauerten dann die persönlichen Bemerkungen, die den Abschluß der Debatte bildeten. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der die Befugnisse der Prekominmission und des Landesvorstandes genau umgrenzt. Mit harter Mehrheit fand auch ein Antrag Annahme, in dem das Einverständnis mit der Taktik des Landesvorstandes bei den Landtagswahlen ausgesprochen und die Art der Aufstellung der Proporzandidaten gutgeheißen wird. Die Anstellung eines Sekretärs für den Schwarzwahlkreis wurde dem Landesvorstand zur Erwägung überwiesen. Die Anträge gegen die Doppelmandate gelten durch den Beschluß als erledigt, nach welchem Doppelmandate möglichst — besonders bei Neuaufstellungen — vermieden werden sollen. Durch Uebergang zur Tagesordnung wurden die Anträge erledigt, die die Abberufung eines Teils der Diäten von Doppelmandatären und Parteiangestellten verlangen. Zur Frage des Delegationsystems wurde beschlossen, den Landesvorstand mit der gründlichen Prüfung aller gegebenen Vorschläge und mit der Ausarbeitung einer alle berechtigten Wünsche berücksichtigenden Vorlage für die nächste Landesversammlung zu beauftragen. Die Minderheit der Versammlung sprach in einer Erklärung ihr Bedauern über die Verzögerung der Entscheidung aus. In der Frage der Zugehörigkeit von Parteigenossen zu bürgerlichen Turnvereinen wurden die Parteigenossen verpflichtet, keinen Vereinen anzugehören, die verdeckt oder offen antisozialdemokratische Tendenzen verfolgen.

Über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion referierte Genosse Reil, der in der Dedungsfrage den Standpunkt der Mehrheit der Fraktion vertrat und die Haltung der „Tagwacht“ kritisierte. Dr. Lindemann vertrat denselben Standpunkt; Westmeyer und Crispian beanstandeten die Zustimmung zu den Dedungsgefehen. Eine Resolution, die die Haltung der Fraktion billigt, wurde zurückgezogen, nachdem auch eine Vertrauensresolution für die „Tagwacht“ zurückgezogen worden war.

Auf das Referat über die Landespolitik wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit verzichtet. — Nach einer ausgedehnten Debatte über die Förderung der Frauenorganisation fand der Antrag des Landesvorstandes auf Einsetzung einer Frauenagitationskommission Annahme.

An Stelle des nach Hamburg überfiedelnden Genossen Hildenbrand, der die Leitung des literarischen Bureau der „Vollstufwerke“ übernimmt, wurde Genosse Fischer zum Vorsitzenden des Landesvorstandes gewählt. Die übrigen Mitglieder des Landesvorstandes wurden wiedergewählt. Neu tritt Genosse Reil in den Landesvorstand ein. Von den sieben bisherigen Mitgliedern des Landesausschusses wurden fünf wiedergewählt, zu denen zwei neue, von den Stuttgarter Delegierten vorgeschlagene Mitglieder kommen.

Genosse Dr. Lindemann würdigte dann noch die Verdienste Hildenbrands um die Parteientwicklung des Landes, sollte ihm den Dank der Genossen und wünschte ihm ein erfolgreiches Wirken an der Spitze seiner neuen Tätigkeit.

Mit seinem Schlusswort verknüpfte der Vorsitzende Hildenbrand seinen Dank für das ihm seit diesen Jahren geschenkte Vertrauen. Die Versammlung wurde dann mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

## Gerichts-Zeitung.

Oegen die Hundesperre.

Gegen den Aviatiker Leutnant a. D. Eltern von Gorrissen hatte gestern die 1. Ferienkammer des Landgerichts II eine Angelegenheit wegen vorläufigen Vergehens gegen das Viehschutzgesetz zu verhandeln. — Der Angeklagte ist Besitzer eines großen etwas hohle Hundes, den er häufig in seinem Automobil nach dem Flugplatz Johannisthal mitnimmt. Eine Frau Paul hat auf dem Flugplatzgelände die Aufsicht über eine — Hammelherde. Da es häufig vorkam, daß der Hund des Angeklagten wie toll in die Hammelherde hineingelaufen war und, wie die Frau P. behauptet, sogar einen Hammel toterbissen hatte, hatte sie sich wiederholt an von G. gewandt mit der Bitte, den Hund anzuschließen. Als der Angeklagte auch selbst nach dem Erlaß der Hundesperre den Hund weiter frei herumlaufen ließ, erstattete die um ihre Hammel besorgte Frau schließlich Anzeige.

Das Gericht nahm nur eine Fahrlässigkeit an, da die Behauptung des Angeklagten, daß sich der Hund losgerissen habe, nicht zu widerlegen war. Während der Staatsanwalt nur 10 M. Geldstrafe beantragt hatte, erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von 30 M.

## Aus aller Welt.

Die Eisenbahnkatastrophe in Jütland.

Zu dem furchtbaren Eisenbahnunglück werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Das Unglück passierte kurz nach 4 Uhr an der Smeumer Brücke einen Kilometer westlich von Bramminge. Zufälligerweise hatte man in Bramminge keine Lokomotive bereit und es dauerte erst 1 1/2 Stunden, ehe der Hilfszug an der Unglücksstelle, die nur wenige Kilometer entfernt liegt, eintraf. In Bramminge war der einzige Arzt nicht zu Hause und eine Krankenpflegerin aus

Kopenhagen, die auf Ferien in Bramminge weilte, leistete die erste Hilfe. Man telephonierte sofort nach allen Ärzten der Umgegend und in einer Stunde waren ungefähr dreißig Ärzte an der Unglücksstätte versammelt.

Die Unglücksstätte bot einen entsetzlichen Anblick. Die zweite Lokomotive hatte sich tief in die Erde eingegraben, ein Durchgangswagen, sowie drei Personenzüge waren vollkommen zertrümmert. Die Trümmer waren über und über mit Blut bespritzt. Die Rettungsarbeiten waren außerordentlich schwierig. Man mußte die Toten mit Sägen und Beilen aus den Trümmern befreien und herzerstehende Szenen spielten sich hierbei ab. Die Verwundeten jammerten vor Schmerzen und die nicht oder nur Leichtverletzten suchten weinend nach ihren Angehörigen; die Mütter suchten ihre Kinder, die Männer ihre Frauen, die stöhnend unter den Trümmern lagen, ohne daß es möglich war, sie sofort aus ihrer entsetzlichen Lage zu befreien. Sämtliche Leichen sind furchbar verstümmelt. Die Toten liegen auf blumengeschmückten Bahnen im Hotel von Bramminge. Die Verletzten sind in den beiden Krankenhäusern in Esbjerg untergebracht.

Von dem Zugpersonal wurde merkwürdigerweise niemand verletzt. In dem verunglückten Zuge befanden sich im ganzen 179 Passagiere, größtenteils Engländer und Deutsche. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht vollkommen aufgeklärt. Die Gleise waren neulich umgelegt worden und wurden infolge dessen morgens und abends genau geprüft, ohne daß man am Unglücksmorgen Fehler gefunden hätte. Man vermutet, daß die enorme Hitze, die in ganz Dänemark herrschte, die Gleise gebogen hat. Der Eisenbahnminister, der Minister des Innern und der Generaldirektor der dänischen Eisenbahnen sind in der Nacht in Automobilen an der Unglücksstätte eingetroffen. Eine amtliche Untersuchung über die Ursache der Katastrophe ist eingeleitet worden.

Auch ein sozialistischer dänischer Abgeordneter,

Genosse Sabroe, ist tödlich verunglückt. Er erhielt bei dem Zusammenstoß eine so schwere Verletzung der Schläfe, daß der Tod sofort eintrat.

Insgesamt wurden 16 Personen getötet. Die Zahl der Verletzten beträgt 60—70.

Auch eine Anzahl Berliner

befanden sich unter den Toten und Schwerverletzten. Der Rentier Artur Wellner, der bei dem Unglück den Tod fand, steht im 52. Lebensjahr. Er wohnte in der Kassauischen Straße 31 zu Wilmsdorf. Weiterhin hat bei dem Unglück der Kaufmann Krause aus Charlottenburg, Wielandstraße 14, das Leben eingebüßt. Unter den Verletzten befinden sich Frau Margarete Kohl, deren Sohn Arno Kohl und ihre Schwägerin Frida Kohl aus der Samberger Straße 29 zu Schöneberg. Während Frau Kohl nur leicht verletzt wurde, und ihr Befinden nach den zuletzt eingelaufenen Nachrichten günstig ist, sind Arno und Frida Kohl schwer verletzt.

Schwere Automobilunfälle.

Wie aus Stuttgart gemeldet wird, fand am Sonntag in der Nähe Stuttgarts ein Radfahrer ein quer auf der Straße liegendes umgestürztes Automobil. Der Schmiedemeister Paul Mayer aus Kulendorf lag tot daneben, der Besitzer des Automobils Umbalensea und sein Sohn sowie der Fabrikant Fried von Kulendorf lagen schwer verwundet und bewegungslos am Straßenrande. Offenbar hat das Auto eine Kurve zu kurz genommen und ist dabei umgestürzt.

Mannheim, 28. Juli. Gestern nacht fuhr eine von dem Chauffeur Koer gesteuerte Straßendrolche auf der Redarbrücke mit solcher Wucht gegen einen Leitungsmast der elektrischen Straßenbahn, daß das Fahrzeug vollständig zertrümmert wurde. Von den vier Insassen erlitten zwei so erhebliche Verletzungen, daß sie als bald verstarben. Der Chauffeur, dem die Schuld an dem Unfall treffen soll, wurde verhaftet.

Paris, 28. Juli. In der Nähe des Balbes von Fontainebleau stießen gestern an einer Straßenkreuzung die Automobile des Pariser Börsemallers Braut und des Theaterdirektors Montchamont zusammen. Die Gattin des letzteren und die Schauspielerin Dubourg wurden getötet und vier Wageninsassen schwer verletzt.

Verheerende Waldbrände in Südfrankreich.

Man schreibt uns aus Toulon vom 26. Juli: Seit einigen Tagen stehen die Wälder auf den Anklüften der Sealpen an der französischen Riviera in Flammen. Zunächst wurde der Baumbestand der Insel Porquerolles bei Toulon völlig vernichtet. Zwischen Hyères und Fréjus, zwei bekannten Kurorten, schreitet die Feuersbrunst mit einer Front von über 20 Kilometern Breite unaufhaltsam landeinwärts. Ein weiterer ausgedehnter Brandherd wird aus der Nachbarschaft der italienischen Grenze gemeldet. Das Feuer findet reichliche Nahrung in den Kiefernwäldern und in den Oliven- und Weinplantagen, um so mehr als seit Monaten hier kein Tropfen Regen gefallen ist und ein heftiger Sturm die Flammen selbst über breite, baumlose Flächen hinwegtreibt. Der Verlust an Früchten und Vieh ist bedeutend; viele Häuser und Ställe fielen dem Element zum Opfer; die Bewohner mehrerer Ortschaften mußten sich Hals über Kopf in Sicherheit bringen. Ob Menschenleben zu beklagen sind, steht noch nicht fest. Allgemeines Befremden erregt die Teilnahmslosigkeit der militärischen Behörden; von den vielen Regimenten, die zwischen Toulon und Pizzo in Garnison stehen, sind bis jetzt ganze hundert Mann zur Hilfeleistung abgeordnet worden.

Kleine Notizen.

Neuer Weltrekord und Todessturz. Einen neuen Höhenweltrekord mit drei Passagieren hat der englische Flieger Henry Hawley aufgestellt. Er erreichte auf dem Flugplatz von Wooland mit drei Passagieren eine Höhe von 2595 Metern. — Bisher war Thelen Inhaber des Weltrekords.

Der Aviatiker Chambois unternahm in Auterive (Frankreich) Flüge. Nachdem er bereits längere Zeit die Luft durchkreuzt hatte, verlagte plötzlich sein Motor und das Flugzeug stürzte aus größerer Höhe herab und zerfiel am Boden. Der Flieger wurde mit zerschmettertem Schädel tot aus den Trümmern hervorgezogen.

Verhängnisvolle Blitschläge. Eschweiler, 28. Juli. Gestern nachmittag schlug der Blitz in die Gruppe einer Mädchen-Longkation aus Langewehe ein, die sich auf einem Ausflug nach der Schevenhütte befand. Sämtliche Mädchen wurden betäubt. Fünf sind durch Brandwunden schwer verletzt, zwei erlitten nur leichte Verletzungen. — Innsbruck, 28. Juli. Auf dem Brandhof wurde gestern während eines Gewitters ein Tourist vom Blitze getötet, einige andere betäubt und leicht verletzt.

Opfer der Berge. Aus Wern wird gemeldet: Am Tour Salires sind drei Franzosen, wahrscheinlich Studenten aus Paris, eine über 1000 Meter hohe Feldwand abgestürzt. Die scharflich verkrüppelten Leichen sind geborgen. Am großen Rufen stürzte der Schreiner Otto Egli aus Zürich ab; er war sofort tot. Auch am Eichenkreuzberg in den Appenzeller Bergen ereignete sich ein Absturz, der aber nicht tödlich verlief.

Frauen-Leseabend.

Gersdorf. Der Lesabend soll diesmal aus



Die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl

Nehmen nur noch bis Mittwoch, den 30. Juli, zur Einsichtnahme aus und zwar von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends in den Turnhallen der folgenden Gemeindefürsorge:

- Hagelberger Str. 34, Wahlbezirke 1-8: für die Stadtbezirke 1-78C, 118, 120 und 210-217.
Waldemarstr. 77, Wahlbezirke 9-14: für die Stadtbezirke 79-117, 119 und 121-144.
Strausberger Str. 9, Wahlbezirke 15-25: für die Stadtbezirke 145-201.
Oderberger Str. 57, Wahlbezirke 26-35: für die Stadtbezirke 202-209, 218-254E, 258-267, 276-278 und 321.
Kavencstr. 12, Wahlbezirke 36-48: für die Stadtbezirke 255-257, 268-275, 279-320C, 322-326D.

Jeder steuerzahlende Einwohner sollte sich überzeugen, ob sein Name in der Liste aufgeführt ist.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, 6. Abteilung. Heute Dienstag abend, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7: Versammlung. Vortrag der Genossin Regina Huben.

Karlshorst. Am Dienstag, den 29. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Fürstendamm“ (Zah. Bartels), am Ende der Prinz-Adalbert-Strasse: Mitgliederberathung. Tagesordnung: 1. Streitfragen über die Taktik bei Militär- und Feuerstellungen. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse R. Schmidt. 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung. 4. Mitteilungen. Gäste willkommen.

Wilmerdorfer-Palast. Am Mittwoch, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Selke, Brandenburgische Str. 69, die konstituierende Versammlung des Vereins „Arbeiter-Jugendheim Berlin-Wilmerdorfer“ statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 2. Unser Jugendheim. 3. Verschiedenes. Mitgliederanmeldungen werden in der Versammlung entgegengenommen.

Schlesienhäusern. Für Abteilung 8 findet Mittwoch, den 30. Juli, bei D. Silbe ein Extra-Jahresabend statt.

Rosenthal. Heute Dienstag abend, den 29. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Genossen Gust. Wilbrodt, Waldbergstr. 5: Außerordentliche Mitgliederberathung. Tagesordnung: 1. Massenstreik - ein politisches Kampfmittel. Referent: Genosse Gramatke. 2. Diskussion.

Berliner Nachrichten.

Die Arbeitergärten vom „Roten Kreuz“

Sind hervorgegangen aus den übergebenen Laubenkolonien. Sie sind eigene Laubenkolonien des Volkshilfsvereins vom „Roten Kreuz“, der auf diesem Gebiet „reformieren“ will. Als das „Rote Kreuz“ die ersten Arbeitergärten einrichtete, sollten sie den anderen Laubenkolonien als „Muster“ dienen. Aber von dem Kampf mit geistigen Mitteln, der nicht den gewünschten Erfolg hatte, ging man bald zur Anwendung bloßer Gewalt über. Das „Rote Kreuz“ verstand es, bestehende Laubenkolonien bei Neuverpachtung des ganzen Geländes an sich zu bringen. Die bisherigen Kolonisten, die dort seit langem „anfällig“ waren, mußten entweder ihre ihnen zugehörigen Parzellen aufgeben oder sich unter die Herrschaft des „Roten Kreuzes“ beugen. Der „Vorwärts“ hat schon vor jetzt sechs Jahren darauf hingewiesen, daß bei diesen Verhältnissen es den hinter dem „Roten Kreuz“ stehenden Gesellschaftsschichten darum zu tun ist, an die Laubenkolonisten persönlich heranzukommen. In die Wohnungen der Arbeiter hineingekommen, ist den „Männern“ nur unter besonderen Umständen möglich. Da draußen aber, in den Laubenkolonien, wo man unter freiem Himmel lebt, läßt sich das leicht und unauffällig erreichen.

Seit jenen ersten erfolgreichen Versuchen, alle Laubenkolonien unter den Einfluß des „Roten Kreuzes“ zu stellen, haben die Arbeitergärten vom „Roten Kreuz“ sich beträchtlich gemehrt. Einem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“, der die Arbeitergärten schildert, entnehmen wir, daß in Berlin und Umgegend jetzt bereits 9000 Lauben zum Nachbereich des „Roten Kreuzes“ gehören. In dem Artikel preist das Agrarierblatt die Arbeitergärten als einen „sozialen Faktor“, der „nicht hoch genug zu veranschlagen“ sei. Hervorgehoben wird, daß unter all den Farnen und Föhnen, die auf dem Laubland des „Roten Kreuzes“ flattern, „die roten Felsen“. Weiter unten liest man dann, daß „nach religiösem und politischem Glaubensbekenntnis nicht gefragt“ wird. Das wird stimmen, wenn man es wörtlich nehmen will. Anders wäre es ja auch nicht möglich, an diejenigen heranzukommen, auf die es besonders abgesehen ist. Wie sehr solche „Toleranz“ sich rentiert, das lehren uns die Schlüsse des Artikels. Der Verfasser frohlockt:

„So mancher Mann, der gar keiner Kirche angehört, fühlt sich gedrungen, dies der gütigen Vorstandsdame zu bekennen, wenn er sieht, wie selbste sein krankes Kind oder sein krankes Kind gepflegt wird. Und wenn ihm bedeutet wird, daß dies ja seine persönliche Sache sei und mit der Barmherzigkeit auch nicht das geringste zu tun habe - dann gehen wohl manchem Verblendeten die Augen auf, und er läßt ganz von selber sein Kind taufen, das sonst ungetauft geblieben wäre.“

Ganz von selber! Ja, so eine gütige Vorstandsdame“ verheißt sich darauf, Wunder zu wirken. Ganz von selber fühlt der Ungläubige sich gedrungen, ihr zu bekennen, daß er keiner Kirche angehört. Und ganz von selber gehen dem Verblendeten die Augen auf, so daß er sein Kind taufen läßt. Man sieht, wozu die Arbeitergärten des „Roten Kreuzes“ gut sind.

Wer kann am schnellsten Hurra rufen?

Das große Fest der Stadionerweihung läßt die Jungdeutschlandbündler immer noch nicht zur Ruhe kommen. Als neuester Kritiker tritt die in München erscheinende Sportschrift „Fußball“ auf, die den einstündigen Guldigungszug der Hurrajuglinge als langweilig bezeichnet. Die Zeitung schreibt:

„Leider wurde die padende Wirkung des Gesamtbildes durch die übergroße Zahl der Vorbeistehenden etwas verwischt. In die gleichartigen Gruppen der meist mit schlechthinder Alltagskleidung (die Fußballer tragen erfrischend bekanntlich im Grad und Jallender. Die Neb-) einhermarschierenden Turner brachte der vielfarbige lustige Sportdreh der Fußballer und Aktivist eine angenehme Abwechslung. In seiner Gesamtheit wickelte sich der Aufzug mit auffallender Präzision ab, aber an Einzelheiten, die peinlich wirkten, merkte man doch das Fehlen der Probe.“

So klappte der Sportrenn, den die einzelnen Gruppen beim Passieren der Kaiserloge ausbrachten oder ausbringen wollten, nicht recht. Die Fußballer, die an derartige Rufe gewöhnt sind, brachten ihr Hurr Hurra am schnellsten heraus. Muskelstrotzende Athleten machten mit schweren Jongliergeräten ziemlich eintönige Uebungen, einige wälzten sich im Ringen auf der Matte, dort wurden Pyramiden gebaut usw. Ein ermüdendes Bild ohne besondere Wirkung.“

Die „Deutsche Turnzeitung“, der doch sonst das Hurra-brüllen so gut gefällt, wirft sich gewaltig in die deutsche Mannesbrust und langelt das Bruderorgan in einem Anfall gesunder Ironie folgendermaßen ab:

„Müssen die Fußballer tüchtige Kerle sein! Nächstes Mal mag man eine mehrstündige Hurr-Hurr-Probier halten; die Stadionleitung wird vielleicht seinen Anregungen dankbar entgegenkommen und kann auch dabei das richtige Gehen mit einüben, damit manche Herren im Sportdreh nicht aus dem Tritt kommen oder nicht abzusehr „schieben“ und über den „Onkel“ treten. Man muß sich bloß wundern, daß die Einweihung gelungen ist ohne Zuziehung des süddeutschen „Fußball“.“

Die Andeutungen über schiefbeiniges Gehen der Fußballer zeigen die Verärgerung der vaterländischen Turner und hauen übrigens daneben. Ob die Fußballer über den Onkel getreten sind oder die Turner einen krummen Buckel gemacht haben, wird der das ganze Stadion überragenden Hofloge höchst gleichgültig gewesen sein. Die Hauptsache war doch tatsächlich das gut eingetübte Hurrurufen, und da gibt die „D. Tztg.“ indirekt zu, daß nicht genügend geübt wurde. Es bleibt also dabei, daß die Fußballer besser Hurrurufen können als die Turner! - Was zu beweisen war!

Feuerungsanlagen in Laubenkolonien.

In den Kleingärten der Stadt Berlin, die im Gebiet des Rieselgutes Blankenburg liegen, hat - wie wir bereits meldeten - das Vorgehen des Amtsvorstehers Mahle aus Französisch-Buchholz große Erregung hervorgerufen. Ueber zahlreiche Laubeneinhaber hat er Strafmandate verhängt, weil sie in ihren Lauben statt der gefährlichen Spirituslöcher feste Feuerungsanlagen haben, was ihnen nicht erlaubt worden ist.

Eines dieser Mandate, das einen Laubeneinhaber Schmidt in eine Geldstrafe von 20 M. nehmen wollte, lag gestern dem Amtsgericht Rankow zur Entscheidung vor. Der Angeklagte Schmidt machte geltend, daß seine Feuerungsanlage gar nicht mal „in der Laube“, sondern neben ihr und außerhalb des umfriedeten Raumes besteht und von der Laubeneinwand mindestens 1 Meter entfernt sei. So beruhe er sie schon seit einigen Jahren, und niemand habe bisher daran Anstoß genommen, jetzt aber solle das plötzlich nicht mehr zulässig sein. Der als Zeuge vernommene Wendenmergewachtmeister Schneider bestätigte Schmidts Angaben, fügte aber hinzu, der Amtsvorsteher habe bereits vor einiger Zeit die Berliner Verwaltung ersucht, die Kolonisten zur Beseitigung ihrer Feuerungsanlagen anzuhalten. Schmidt wußte nichts von einem solchen Ersuchen, auch ist ihm bisher von der Rieselgutverwaltung keine Aufforderung zugegangen. Seine „Strafmaß“ der Errichtung einer unerlaubten Feuerungsanlage ist nun allerdings verjährt. Da das Strafmandat nur die „Errichtung“ der Anlage ahnden will, so mußte der Amtsanwalt selber wegen Verjährung die Freisprechung beantragen. Hiernach schied aus der Erörterung die Frage aus, was überhaupt unter den Worten „in der Laube“ zu verstehen sei. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, das wies der Vorsitzende den Angeklagten darauf hin, daß die Pflicht zur Beseitigung der unerlaubten Anlage dadurch nicht aufgehoben werde.

Den Warden fragte der Vorsitzende: „Wie ist's denn nun mit den anderen Sachen?“ Es stehen nämlich bei demselben Bericht in derselben Angelegenheit zahlreiche Termine an, weil die meisten der durch ein Strafmandat überraschten Kolonisten gleichfalls richterliche Entscheidung beantragen haben. Wachtmeister Schneider konnte nicht genau sagen, ob auch bei allen anderen Kolonisten schon Verjährung eingetreten sei. Es wird aber wohl so kommen, daß in sämtlichen Sachen aus demselben Grunde - die Verjährung tritt ja schon in drei Monaten ein - das Gericht auf Freisprechung wird erkennen müssen. Dem Bericht erwacht aus Amtsdorfsteher Mahles Heberesse eine Fülle unnützer Arbeit, und die Kosten müssen der Staatskasse aufgedrückt werden.

Was mag übrigens die Berliner Rieselgutverwaltung dem Amtsdorfsteher, der sie in seinem Kampf gegen die Laubenkolonisten um ihre Mitwirkung ersuchte, geantwortet haben?

Auf dem Pecher kenterte am Sonntagmittag bei herrlichem Wetter das Boot 23, das die Regatta des Grünheider Seglervereins mitmachen sollte. Der Bootsinhaber wurde von einem 20jähr-Motorboot gerammt, das den kielenden treibenden Segler ins Schlepptau nahm und nach Grünheide brachte.

Unfall des „blauen Heinrich“.

Zu einem Zusammenstoß eines Gefangenentransportwagens mit einem Straßenbahnwagen kam es am Sonntag gegen 13 Uhr nachmittags an der Spandauer Brücke. Dort versuchte an der Ecke der Neuen Friedrichstraße der Führer des Gefangenentransportwagens Nr. 6 des Polizeipräsidiums Berlin kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 5 das Gleis zu kreuzen. Der Anprall der beiden Gefährte erfolgte mit solcher Wucht, daß der Transportwagen umgeworfen wurde. Der Kaiser Franz Schmittler lag in weitem Bogen auf dem Straßenpflaster, erlitt eine Kopfverletzung und eine schwere Gehirnerschütterung und wurde in bestimmungslosem Zustande nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft. Die beiden Insassen des im Vollmund „blauer Heinrich“ benannten Gefangenentransportwagens, ein Polizeigefangener und dessen Transporteur, blieben unversehrt.

Verbrannt.

Ein entsetzliches Brandunglück, dem ein Kindesleben zum Opfer fiel, hat sich am gestrigen Montag in dem Hause Sebanstr. 4 in Schöneberg ereignet. Die Ehefrau des dort wohnenden Schlossers Brictius war auf den Wochenmarkt gegangen, der in der Ebersstraße abgehalten wurde, und hatte ihre 2 1/2 Jahre alte Tochter Elisabeth allein in der Wohnung zurückgelassen. Während der Abwesenheit der Mutter fand die Kleine in der Nähe eines Schachtels mit Streichhölzern. Beim Spielen entzündete sich eines der Hölzer und setzte auch die leichte Kleidung des Kindes in Brand. Hilferufend lief das Mädchen auf den Balkon und rannte hier in der Angst hin und her. Dadurch wurden die Flammen immer mehr entfacht und schließlich auch die Kleine einer lebenden Feuerfäule. Passanten hörten die Schmerzensrufe des Kindes und benachrichtigten die Schöneberger Feuerwehr, die sofort mehrere Mannschaften entsandte. Die Feuerwehreute erdrückte die verschlossene Korridortür und ersäufte durch Aufwerfen von Betten die Flammen. Mit dem Krankenwagen der Wehr wurde das unglückliche Kind, das am ganzen Körper furchtbare

Brandwunden erlitten hatte, nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus gebracht, wo es bald nach der Aufnahme verstarb. In dem Augenblick des Todes der Kleinen traf die Mutter, der man noch auf dem Markt die Nachricht von dem Unglück überbracht hatte, im Krankenhaus ein und brach befinnungslos am Bett ihres toten Kindes zusammen.

Eine mehrstündige Verkehrsstörung machte sich gestern früh auf der Stadt- und Ringbahn unangenehm bemerkbar. Ueber die Ursache wird amtlich gemeldet:

Gestern nacht 1 Uhr 36 Minuten fuhr auf Bahnhof Charlottenburg der einführende Nordringzug 2975 dem einfahrenden Südringzug 1908 in die Platte. Zug 2975 hatte das in Haltstellung befindliche Fahrsignal überfahren. Personen sind nicht verletzt. Materialschaden nicht erheblich. Der Betrieb erliefet durch den Unfall keine Störung.

Dieser letzte Satz bedarf der Richtigstellung dahin, daß immerhin eine recht erhebliche, Stunden dauernde Verkehrsstörung eintrat. Die Arbeiten verzögerten sich ganz erheblich, so daß der Verkehr noch gegen 10 Uhr nicht ganz normal war.

Sperrung öffentlicher Wege für Automobile.

Mit Ermächtigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten hat jetzt der Regierungspräsident eine für den Berliner Verkehr wichtige Verfügung getroffen, durch die eine Reihe von Straßen dem Automobilverkehr entzogen werden. Nach dieser Verfügung dürfen von jetzt ab Automobile und Kraftfahrzeuge jeder Art nicht mehr befahren: die in Wannsee von der Berlin-Potsdamer Chaussee abzweigende Chaussee über Fraueninsel, Moorlake nach der Glienickebrücke bei Potsdam, die Oberbarnimer Kreischaussee von Jaedelsbruch über Beaugard und Heinrichsdorf nach Kerfensbruch und die bekannte Provinzialchaussee Potsdam-Caputh vom Eingang zum Krankenhaus „Herzmannswerder“ bis zur Einmündung der Kreischaussee Michendorf-Caputh.

Ferner ist gesperrt für große Gesellschaftsautomobile und Automobillimousine die Habelchaussee zwischen Bickelsdorf und Forsthaus Wannsee. Schließlich hat der Regierungspräsident angeordnet, daß die Höchstgeschwindigkeit für Automobilsfahrzeuge beim Befahren folgender Wege nur 25 Kilometer in der Stunde betragen darf: für die beim Heerlager in Döberitz belegene Strecke der Berlin-Hamburger Chaussee, für die beim Truppenübungsplatz Josten und beim Schießplatz der Infanterieschießschule in Mühlendorf belegene Chaussee Berlin-Kottbus und für die beim Kreisbad am Müggelsee belegene Strecke der Chaussee Friedrichshagen-Rabnsdorfer Mühle. Wegen der letzteren Chaussee gilt diese Verkehrsbeschränkung jedoch nur für die Zeit vom 1. Mai bis zum 1. Oktober eines jeden Jahres.

Von einem bedauerlichen Unfall ist am gestrigen Montag der 33 jährige Major a. D. Friedrich v. Jedity und Keulrich, ein Verwandter des bekannten konservativen Abgeordneten, betroffen worden. Gegen 1/2 Uhr mittags wollte der alte Herr vor dem Hause Berliner Straße 87 in Charlottenburg kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 8 das Gleis überqueren. Als der Führer des Bahnwagens, der seinen Wagen fast ganz abgedreht hatte, nochmals Warnungssignal gab, trat Herr v. J., der schon ziemlich an dem Wagen vorbei war, plötzlich auf die Schienen zurück und wurde nun von dem Wagen umgefahren. Glücklicherweise trat sofort die Hangvorrichtung des Bahnwagens in Wirksamkeit. Herr v. Jedity und Keulrich kam so mit einer Kopfwunde und Hautabschürfungen davon und konnte, nachdem ihm von einem in der Nähe wohnenden Arzte Verbände angelegt worden waren, nach seiner Wohnung in Charlottenburg gebracht werden.

Im Freibad Tegelertrunken ist gestern abend gegen 1/2 Uhr der 26 Jahre alte, aus Posen gebürtige, in Berlin, Mehnerstr. 9, wohnhafte Arbeiter Emil Schnerz. Der Ertrunkene vernagte sich mit zwei Freunden an einem Balken im Wasser. Der Balken dabei weiter in den See hinausgeschoben wurde, verlor Sch. den Halt, stürzte ins Wasser und ging sofort unter. Er sowohl wie seine Freunde waren sämtlich des Schwimmens unfähig. Obwohl sofort von den Gästen des Freibades Rettungsversuche unternommen wurden, gelang es nicht, Schnerz wieder an die Oberfläche zu bringen. Seine Leiche ist bisher auch noch nicht gefunden worden.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Auf dem diesjährigen Sommerfest in Schloß Weihensee weilten weitgereiste Gäste. Es war die Sozialistische Liedertafel von New York, die im Besoffe einer mehrwöchigen Fahrt durch Deutschland, Sonntagmittag bei ihrer Ankunft auf dem Lehrter Bahnhof vom Reichsleiter Sängerkor durch zwei Lieber begrüßt und hernach vom Hotel aus in Autobussen zum Festplatz hinausgeleitet wurde. Es sei da gleich gesagt, daß der lokale Teil des Sommerprogramms eine freudig überraschende Bereicherung erfuhr; denn die New Yorker griffen unter ihrem Dirigenten Gustav Heil selbst ein, und zwar so herabsetz und mit so prächtigem Stimmklang, daß das Jubelworte beim kein Ende nehmen wollte. Der Chor - drüber 75 Mann stark - war hier kaum zur Hälfte vertreten. Doch er überdies gutgeschulter Lenz und Wäste begleitet, bewies speziell die Dreipäde eines natürlich englisch gehaltenen Regeneredes der amerikanischen Südstaaten „Old Folks at Home“, worin sich die schwermütige Sehnsucht nach Heimat und Elternhaus anspricht. - Der „Bund“ rückte wieder mit reichlich 2000 Sängern auf den Plan. Dieser gewaltige Massenchor sang zu Beginn und Programmisch je zwei Lieder, von denen die beiden Aikmannschen „Ja warte Dein“ und „Lord Rolfson“, was herbeuliche Ansprache, Reinheit und Präzision des Vortrags angeht, geradezu zu einer mächtig in die Weite wogenden Wirkung gebracht wurden. Bundesdirigent Jan K. v. a. u. den Dries stand eben alle straff zusammenhaltend und sie besingend am Puls! Aber auch die an verschiedenen Standorten in improvisierten Hallen erklingenden Vorträge von zehn Einzelchören bekundeten durch ihre Leistungen, daß tüchtig gearbeitet wurde. Es geht also vorwärts! Das Berliner Sängerkorps „Orchester“ (Dirigent Franz von Blon) vollführte den instrumentalen Teil des Programms mit schneidiger Sicherheit. Ein prächtiges Feuerwerk mit einem in Flammenchrift eposporisierenden Symbol des freien Arbeiterliedes gab dem in allen Teilen sehr gelungenen Fest einen harmonischen Abschluß. Das Wetter war herrlich; die Stimmung froh, lebendig und würdig eines großen Arbeiterfestes, wie nur wir es wünschen und es haben, weil wir wollen.

Einen Kasten mit Handwerkzeug hat ein Glaser vor acht Tagen in der Wohnung von Purche, Sauerstraße 32 b. II, stehen lassen, um eine Glasleibe zu holen. Der Mann ist aber nicht wiedergekommen, vielleicht hat er die Adresse vergessen. Wir werden um Veröffentlichung gebeten, damit der Glaser zu seinem Werkzeug kommt.

Verloren hat am Montagabend eine Arbeiterfrau in der Raitborstraße eine schwarze Handtasche enthaltend ein Portemonnaie mit 6 M. Inhalt, einen Schlüsselbund mit 4 großen und mehreren kleinen Schlüsseln und zwei Taschentücher. Die Verliererin bittet besonders in Rücksicht auf die Schlüssel um Abgabe an A. Wiese, Raitborstr. 11, Quergebäude parterre.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln. Herabfahren wurde am Sonnabend an der Jägerstraße ein Kind von einem Straßenbahnwagen, es wurde erheblich verletzt. Der

Infall ist darauf zurückzuführen, daß das Kind neben dem Straßenbahnwagen herlief, um vom Schaffner abgerissene Fahrkarten-Blöcke zu erhalten. Wir werden von Augenzeugen gebeten, darauf hinzuweisen, daß die Kinder die Schaffner um diese Blöcke bestärken. Sie laufen neben den noch im Fahren begriffenen Wagen einher; jeder will der Erste sein, die Blöcke zu erhalten. Dabei geraten die Kinder in die größte Gefahr. So gut es von den Schaffnern gemeint sei, wenn sie den Kindern die wertlosen Blöcke schenken, so dürfte doch angesichts der Gefahr, in welche die Kinder kommen, es angebracht sein, in Zukunft die Verabfolgung der Blöcke an Kinder zu unterlassen.

Ein alkoholfreies Waldfest. Am Sonntag hatte die Vereinigung Jugendheim Neukölln für die Jugend und deren Freunde in der Königshöhe ein Waldfest veranstaltet. Es war ein Volksfest im wahrsten Sinne des Wortes. Spiele, sportliche Aufführungen und Gesangsbeiträge der Jugend wechselten in kunter Reihenfolge mit Kinderpielen. Und während die Tausende älterer Leute sich im Schatten der Gebüsche gelagert hatten oder auf dem Plage durcheinander wogten, dachten sich die nimmer müde Jugend unter den Tannen des Waldes in frohlichem Lärme. Aber noch etwas anderes fiel an diesem Feste auf. Man hatte daselbst vollständig alkoholfrei gehalten. Und das war nur lobenswert. Wenn wir die Jugend immer und immer wieder auffordern, den für den jugendlichen Körper so schädlichen Alkohol zu meiden, so soll man auch bei solchen Festen jeden Anreiz zum Alkoholgenuß vermeiden. Diese Neuerung erregte bei älteren Besuchern allerdings hin und wieder Verwunderung und manch launiges, bisweilen auch brummiges Wort fiel, wenn sie am Büfett ihre Kränze oder Selter in Empfang nahmen. Der gute Zauber tat das aber keinen Abbruch. Im Gegenteil: manch lustiges Gespräch ertönte, wenn alte bemoste Häupter gravitätisch zum Brunnen schritten, um ihren Durst mit gewöhnlichem Wasser zu stillen. Das war notwendig geworden, weil gegen 7 Uhr die gewaltigen Flaschenberge gestürzt waren und damit der Wäffertier seinen Vortritt erklären mußte.

Ausgesetzt wurde gestern vormittag im Neuköllner Rathaus ein etwa neun Monate altes Mädchen. Es wurde auf einer Bank sitzend im Korridor vor dem Bureau der Armenverwaltung gefunden. Allem Anscheine nach ist das Kind von einem 22 Jahre altem Mädchen in großer Not auf die Bank gesetzt worden. Das Kind wurde nach dem Waisenhaus gebracht.

### Weissenfee.

Aus der Gemeindevertretung. Die Heranziehung der Anlieger zu den Kosten der Bürgersteigregulierung der Charlottenburger Straße zwischen Friedstraße und Gustav-Adolf-Straße gab Veranlassung zu einer längeren Debatte, weil das Bauamt beabsichtigte, unter den Gassen Kiesstreifen zu verlegen, die in den schon vorhandenen Straßen sich nicht bewährt haben. Die Staubentwicklung wird durch die Kiesstreifen gefördert, Schmutz in die Häuser hineingetragen, und was als Hauptübelstand erscheint, die Kinder gehen mit Haden und Spalen an den Kies heran, um denselben zu verbuddeln, was nicht wundern dürfte, da die schon oft angeregte Spielplatzfrage trotz Beschlusses von den einzelnen Verwaltungsstellen nicht gefördert wird. Alle Hinweise auf die Vorteile der Kiesstreifen und deren Verwahrung in anderen Städten waren zwecklos, der Kiesstreifen wurde abgelehnt und Pflasterstein soll an dessen Stelle treten. Die Vorlage mußte zurückgestellt werden, um erst eine Umrechnung der Kosten vorzunehmen. Der Damm derselben Straßenstraße soll mit Stampfpflaster verlegt werden und werden die Anlieger mit 25 Proz. zu den Kosten herangezogen.

Die Polizeiverordnung betreffend das Halteverbot erhielt eine Verschärfung in folgenden Sätzen: Wer gegen Entgelt fremde, noch nicht sechs Jahre alte Kinder in Kost und Pflege hält (§ 1 der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten vom 18. April 1907), ist verpflichtet, diese nach erfolgter Aufforderung durch den Fürsorgearzt in den Sprechstunden der Kinderfürsorgestelle zwecks ärztlicher Untersuchung vorzuführen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 9 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, bestraft. Bei der Verschärfung über die Entsendung von Vertretern zu dem Verhandlungstage deutscher Gewerbe und Kaufmannsgerichte kam es zu einem Zusammenstoß unserer Genossen mit dem Gemeindevorsteher. Es war beantragt, daß den Delegierten für die drei Verhandlungstage die gewöhnliche Summe von 10 Mark pro Tag, außerdem das Fahrgehalt 3. Klasse nach und von Leipzig bewilligt werden sollte, das bedeutete durchaus keine Erhöhung gegen die Beschlässe früherer Jahre. Der Gemeindevorsteher wollte jedoch nur im ganzen 30 Mark bewilligen, da man für die Gemeindevorsteher-Delegierten zur Laufhausausstellung dieselbe Summe bewilligt hatte. Er betonte, daß die Delegation doch eine ganz freiwillige sei, daß die Gemeindevertretung eine solche Delegation überhaupt nicht bewilligen brauche. Ferner dauere der Verhandlungstag doch eigentlich nur zwei Tage, der dritte Tag sei dem Vergnügen gewidmet, wo man bloß zusammenkomme, um sich zu „beschnüffeln“

und dann wieder auseinandergeht, des weiteren würden die Delegierten an einem Tage von der Stadt Leipzig bewirtet, so daß die Summe von 30 Mark vollkommen genüge. Die Genossen Taubmann und Fuhrmann gaben sich mit dem fleischlichen Standpunkt des Bürgermeisters nicht zufrieden, so daß zum Schluß der erregten Debatte die Vorlage zur nochmaligen Beratung in die Finanzkommission kam. Hoffentlich kommt die Finanzkommission zu dem vernünftigen Entschluß, daß auch die bewilligten 30 Mark für die Gemeindevorsteher-Delegierten keine ausreichende Entschädigung ist. — Für die Unterbringung des beanstandeten Fleisches auf der Freibank wurde ebenfalls eine neue Bestimmung getroffen. Der § 11 der Freibankordnung enthält folgenden Wortlaut: Von dem durch den Verkauf des Fleisches erzielten Erlös werden an Gebühren in Abzug gebracht: Für Benutzung der Freibank (einschließlich Stellung eines amtlichen Verkäufers, Aufbewahrung des Fleisches und Vernichtung des nachträglich gemunttauglichen Fleisches) 15 Pf. pro Kilogramm der überwiesenen Gewichtsmenge, für die Benutzung der Nebeneinrichtungen (Dampfapparat, Kühl- und Gefrierraum usw.) 4 Pf. pro Kilogramm des der Freibank als bedingt tauglich überwiesenen Fleisches, für die Anschaffung des Fleisches nach der Freibank, sofern sie nicht durch den Eigentümer selbst erfolgt, bei ganzen Tieren 8 Mark, bei einem oder mehreren Vierteln oder Teierteilen, sofern sie einem Besitzer gehören, zusammen 2 Mark. Für die Benutzung des Kühlraumes zum Kühlen einstufiger Kinder auf drei Wochen ist für das Kind eine Gebühr von 10 Mark zu zahlen. Außerdem fand noch eine geheime Sitzung statt.

### Röntgenial bei Jepernid.

Ein Frauenleseabend für Röntgenial, Jepernid und Buch wurde am Sonntag nach einem Vortrage der Genossin Trendee ins Leben gerufen. Jeden Monat soll der Lesabend stattfinden. Es soll eine lebhaftere Agitation dafür entfaltet werden. Es fanden sechs Neuaufnahmen statt.

### Treptow-Baumschulweg.

Eine Gemeindevertreterung, die nicht stattfinden konnte, gehört hier immerhin zu den Seltenheiten. Seit Jahren ist der Fall nicht dagewesen, daß auf jeden der Dorfväter mehr wie zwei Sessel des schönen Sitzungssaales kamen, doch am Sonnabend waren es der Erschienenen gar zu wenig. Sie mußten darum nach Hause gehen, um am heutigen Dienstagabend wiederzukommen, wo sie dann ohne Rücksicht auf die Abwesenden beschlußfähig sein werden.

Der trauernde Senat. Einen ob seines Streikobjektes etwas komisch anmutenden Rechtsstreit hat der hiesige Gemeindevorsteher gegen sich selbst in drei Instanzen durchgefochten, einmal gewonnen, einmal und damit endgültig verloren. Das heißt, rein formell klagte die Gemeindevertretung mit seiner Billigung gegen ihn und sie ist die Unterlegene mit der privaten Seele des Gemeindevorstehers, während dessen amtliche Seele den Sieg davontrug. Das kam also: Der Gemeindevertretung war es schon lange nicht mehr gut genug, daß Treptow nur einen gewöhnlichen Baumeister sei eigen nenne, man schwärmte für einen „Gemeindevorsteher“, diemell sich unter dem Natortitel doch in der Praxis so mancherlei verbirgt, Kluges und weniger Kluges. Man beschloß deshalb feierlich, den obersten Beamten des Bauamtes hinsichtlich mehr „Gemeinde- und Amtsbaumeister“, sondern „Gemeindevorsteher“ zu nennen. Aber da witterte die Aufsichtsbehörde Morgenluft und in ihrem Auftrage mußte der Bürgermeister den unter seiner Zustimmung gefassten Beschluß beanstanden, wogegen wiederum die Gemeindevertretung klagte. Der Kreisaußschuß gab dem Bürgermeister Unrecht, der Bezirksaußschuß und das Oberverwaltungsgericht dagegen der Gemeindevertretung. Sie entschieden, daß solch eine Titelverleihung in das Hoheitsrecht des Staates eingreife, und dabei bleibt's. Die Gemeinde wird sich damit zu trösten wissen, daß sie mit oder ohne Rat einen tüchtigen Baubeamten hat. Weniger angenehm aber ist ihr, daß sie ob solcher Titelstreitigkeiten nun die Kosten des Streites tragen darf und ihre Angestellten ihre schöne Zeit auf solche Dinge verwenden mußten.

### Briefkasten der Redaktion.

W. 21. Es ist ratsam, vor Ankauf auf dem Volksgarten vorzusprechen. — Jugendweibe 14. 1. Ja. 350 Mark. 2. Fragen Sie bei der Kreisgericht Berlin-Mitte, Neue Friedrichstr. 12/13. — G. 6. 78. Sie haben das Recht der Zeugnisverweigerung, ohne daß deswegen ungünstige Folgen für Sie entständen. — G. 8. 97. Erheben Sie gegen den Zahlungsbefehl Einspruch. — G. 8. 7. 1. und 2. Nein. 3. Der Eigentümer. 4. Unrechtes Erwerben ja. — Hugo 28 983. Ja. — C. M. 127. Eine Klage ist ausbleibend. — H. B. 25. Ja, sofern und soweit Einkommen aus dem Grundstück veranlagt ist und zwar gemäß § 8 des Einkommensteuergesetzes.

Marktpreise von Berlin am 26. Juli 1913, nach Ermittlungen des Enig. Volksgartens. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,64 bis 20,70, mittel 20,52—20,58, geringe 20,40—20,46. Roggen, gute Sorte 00,00—00,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,00—17,60, mittel 16,70—17,10, geringe 16,20—16,60.

Kaiser, gute Sorte 17,70—19,10, mittel 16,60—17,60. Weis (ungez), gute Sorte 00,00—00,00. Weis (gez), gute Sorte 14,60—15,30. Rindfleisch 0,00. Fett, alt 0,00, neu 6,00—7,80. Kartoffelpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—40,00. Linsen 35,00—40,00. Kartoffeln (Rindfleisch) 7,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,80—2,60. Sale 1,60—3,20. Sander 1,40—3,60. Dichte 1,60—2,80. Barfische 1,00—2,40. Schleihe 1,60—3,50. Stiele 0,80—1,60. 60 Stück Aepfel 1,00—48,00.

### Witterungsbericht vom 26. Juli 1913.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur Grad C
Stettin	765,5	SW	2	21	Hannover	760,0	SO	2	14
Hamburg	765,5	SW	3	17	Berlin	759,5	SW	3	11
Berlin	765,5	SW	1	20	Stettin	767,5	SW	1	16
Frankfurt a. M.	765,8	SW	2	18	Aberdeen	771,5	SW	1	13
München	765,5	SW	1	16	Paris	766,0	SW	2	18
Wien	765,5	SW	1	18					

### Wetterprognose für Dienstag, den 29. Juli 1913.

Küster, nordöstlich wolfig mit etwas Regen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	27. 7.	26. 7.		27. 7.	26. 7.
Remel, Mühl	224	+12	Saale, Großh.	86	-4
Regel, Jüterberg	-14	-1	Qabel, Spandau	5	-2
Berlin	360	-54	Kathenow	-16	-1
Dber. Havel	208	-12	Spree, Spremberg	60	-2
Krojen	256	-7	Strom	82	0
Frankfurt	236	+6	Deiser, Münden	164	-13
Wartze, Schrum	62	-	Münden	253	-4
Landberg	-6	-	Rhein, Maxiliansdam	623	-1
Rege, Bornham	-40	-6	Raub	373	+13
Eibe, Zeimern	35	+29	Alb	384	+16
Dresden	-123	+14	Redar, Heilbronn	128	-34
Bayr.	103	+3	Rain, Hanau	150	-1
Magdeburg	90	-4	Weser, Lier	125	-6

+ bedeutet Hoch, - Hoch, - Unterpegel.

### Spezialarzt

Syphilis, Harn- und Frauenleiden — Ehrlich - Muta. Blutuntersuchung, Schnelle, sichere Heilung. Mäßige Preise. 2527\* Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125, Oranienb. Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-9.

### Blumen- und Franzbinderi

von Robert Meyer, Ins. P. Golletz, Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

### Reiseführer,

Wanderkarten und Bücher, Kursbücher hält stets am Lager Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69.

### 700

Käfige, Gabeln, Messer, von Deutschlands, Kanadieren u. getragen, aus Wäffeln in ersten Werksstätten gearbeitet, für jede Figur (auch Rüsterei) passend am Lager. Jean-Käfige R. 10 14 18 u. 22. Käfige 12 16 20. Schrot-Käfige 18 22 27. Herren-Palet. 5 8 12. Käfige 12 16 22. Jungl.-Käfige 7 10 14. Damen 2 3 4 6 8. Abt. II: Neue Bekleidung.

Institut für Verleihung eleg. Gesellschafts-Anzug Garderobehaus Gr. Frankfurter Str. 116, an der Andreasstr. H. Geschäft: Chausseestr. 89.

### Oskar Wollburg

Trauer-Magazin Berlin N., Brunnenstraße 56. Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

### Bruchbandagen,

Leibbinden, Geradenhalter, Irrigator, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt Fabrikant Pollmann, jetzt Berlin N., Lothringstr. 80. Eigene Werkstatt, Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

# Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 29. Juli 1913. Anfang 7 1/2 Uhr. Prater. Das Bummelmädchen. Anfang 8 Uhr. Urania. Dänemark und Schweden. Neues Opern (Kroll). Mignon. Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf. Schiller O. Don Juan. Berliner. Himmler. Thalia. Pappchen. Metropol. Die Kino-Königin. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Dresdener Viktoriasänger. Anfang 8 1/2 Uhr. Romdienthaus. Hochherrschaffliche Wohnungen. Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Farmer mädchen. Lustspielhaus. Der lustige Kolada. Neue. Tausend einer Verlorenen. Laufen. Gesicht. Soltes Caprice. Ein Fuchsbügel. Die Krampfsache. Anfang 8 1/2 Uhr. Deutsches. Die Schiffschiffen. Theater am Kollendorplatz. Der Mann mit der grünen Weste. Anfang 9 Uhr. Admiralspalast. Gisballett: Güter in St. Moritz. Sternwarte. Invalidenstr. 57—62. Berliner Theater. 8 Uhr: Filmzauber. Deutsches Schauspielhaus 8 Uhr: Der gute Ruf.

**Kroll-Oper** 8 Uhr: **Mignon.** (Gastspiel: Ethel Hansa.) Mittwoch: **Lohengrin.**

**Sachse-Oper** Schiller-Theater O. Theater. 8 Uhr: **Don Juan.**

Theater des Westens. Ab Freitag, 1. Aug.: Kurzes Gastspiel Sylvester Schüller. Vorher die beiden Umlaute: Ein angebrochener Abend. Das starke Stilk. — Sommerpreise!

Theater am Kollendorplatz. Mann mit der grün. Maska. Im Kino-Varietéteil erst. Hoffige Varieténummern u. d. neuest. Gaumontfilm.

**Reichshallen-Theater** Gastspiel der berühmten **Dresdener Victoria-Sänger.** Anfang 8 Uhr. Freitag, 1. 8.: Wiederbeginn der Soireen der Stallan Sänger.

**ROSE-THEATER** Große Frankfurter-Str. 132. Tagebuch einer Verlorenen. Anfang 8 1/2 Uhr. Auf der Gartenbahn: Achtung! Es geht los! Große Vögel. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Voigt-Theater** Badstraße 58. Dienstag, den 29. Juli 1913: Nur noch einige Male: Die schöne Melusine. Volk. neue erstl. Spezialitäten. Rosenkranz. 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr. Voranzeige. Dienst, 3. Aug.: Benefiz. Feiert. Bach: Der Verschwenker.

**Brauerei Friedrichshain** Am Königsfor. Tel.: Ernst Liebig. Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag: **Kaffee-frei-Vorstellung** der Norddeutschen und Apollo-Sänger bei freiem Entree.

**Anfahrts. Schillingsbrücke** am Schlessischen Bahnhof. Täglich: Woltersd. Schleuse früh 9 u. 11 Uhr, nachm. 2 1/2, 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2, 10 1/2 Uhr. Neue Mühle früh 10 Uhr. Ein und zurück 50 Pf.

Reederei Zachow. Abf. von der Michaelbrücke am Stahlfabrikbogen. Täglich billige Ferienfahrten (auch Sonnabends) mit Ruffi, abf. 9 1/2, 11 1/2, 13 1/2, 15 1/2, 17 1/2, 19 1/2, 21 1/2, 23 1/2, 25 1/2, 27 1/2, 29 1/2, 31 1/2, 1 Uhr, nach Woltersdorfer Schleuse. Café Ruhwald, Strandpromenade, 10 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmüdow. Preis hin und zurück 40 Pf. Jeden Sonntag u. Donnerstag nach Hadersdorf. Preis hin und zurück 60 Pf. Samstag große Monatsfahrten nach Schmüdow. Sonntag, den 3. August, 8 1/2, und 2 1/2, 4 1/2, 6 1/2, 8 1/2, 10 1/2, 12 1/2, 14 1/2, 16 1/2, 18 1/2, 20 1/2, 22 1/2, 24 1/2, 26 1/2, 28 1/2, 30 1/2, 1 Uhr. Extrafahrt nach Woltersdorfer Schleuse. Tel. Rgt. 6965. 123/4

**Metropol-Theater.** Abends 8 Uhr: **Die Kino-Königin.** Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Clontowski. Musik von Jean Gilbert. In Szene gesetzt v. Dir. Ad. Schulz.

**Volksgarten-Theater.** Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25. Täglich: Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung. **Unsere Don Juans.** Vögel mit Gesang u. Tanz in 4 Akten. Hiermit die brillanten Juli-Spezialitäten. Anfang 4 Uhr.

**200** **LOGISCHER GARTEN** Täglich: **Großes Militär-Doppel-Konzert.** Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Passage-Panoptikum** **Der persische Augenfakir** in seinen fanat. Derwisch-Märtern (habt u. a. mit den Augen schwere Gewichte). **3 Schwestern Liliput,** die kleinst. Schwest. der Welt. **Alles lebend! Ohne Extra-Entree!**

**Berliner Bock-Brauerei.** Heute Dienstag, den 29. Juli 1913, abends 8 1/2 Uhr: **Volks-Sinfonie-Konzert** des **Blüthner-Orchesters** Dirigent: **Guido v. Fuhs.** Karten à 30 Pf. in den bekannten Vorverkaufsstellen und abends an der Kasse.

**Admiralspalast** Einz. Elspalast der Welt mit präkvalen Eisballetten. Angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich **Flirt in St. Moritz.** Wiederaufr. der kleinen Chakotta. Bis 6 Uhr und von 10 1/2, Uhr halbe Kassapreise.

**Berliner Prater-Theater** 7-9 Rakanien-Allee 7-9. Täglich: **Das Bummelmädchen** Gr. Gasthaltung. In 4 Akten u. 3. Höhe Musik von Dürig und Schreyer. Erstl. Spezialitäten, Konzert. Anfang 4 1/2, Uhr. Eintritt 35 Pf.

**Neue Welt** A. Scholz, Hasenheide 138-114. Täglich: **Großes Konzert u. Vorstellung.** Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf. Voranzeige: Morg. Mittw.: **Großes Kinder-Erntefest,** verbunden mit Erntedankfest, Bonbonregen, Puppentheater, Fackelzug und Verlosung. 1. Hauptgewinn für Knaben u. Mädchen je eine gold. Uhr. Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.